

Stadt und Kreis Pirna 1945-1949

Befreiung – „Zusammenbruchsgesellschaft“¹

Am 8. und 9. Mai 1945 befand sich Pirna (wie das ganze „Reich“) im Zustand allgemeiner Auflösung der nazistischen Verwaltungsstrukturen und der Ungesetzlichkeit. NSDAP und ihre Nebenorganisationen waren von der Bildfläche verschwunden. Ihre Führungsleute hatten sich rechtzeitig verzogen oder verkrochen. Die kommunale Verwaltung erstarrte in Unsicherheit. Für den eingetretenen Fall gab es weder Anweisungen, Vorschriften noch Rat. Sie verharrte in ungewisser Untätigkeit, die neuen Verwaltungsstrukturen waren noch nicht erkennbar.

Alle suchten in dieser Ungewissheit nach Überlebenschancen. Das geschah, da die reguläre Versorgung zusammengebrochen war, auf eigene Faust. Dabei fielen vielen die nun unbewachten Wehrmachtsversorgungseinrichtungen, Depots, Räume und Unterkünfte von NS-Organisationen, die Adolf-Hitler-Schule auf dem Sonnenstein und andere Objekte ein. Gesucht waren Lebensmittel, Einrichtungsgegenstände und überhaupt alles, was sich als wertbeständig in dieser chaotischen Zeit erweisen konnte. Über mehrere Tage hinweg wurde relativ ungehindert geplündert.

Zusammengebrochen waren bei den meisten ihre individuellen Lebensvorstellungen und ihre Überzeugungen. Sie hatten sich nach 1933 mit der NS-Herrschaft arrangiert, waren ihr bis zum Kriege und noch bis 1945 willig gefolgt, viele hatten von ihr profitiert, ein erheblicher Teil waren aktive Mitträger des Nazisystems. Einige begannen im Kriegsverlauf zu zweifeln, aber 87% verloren erst bei Kriegsende ihr „Vertrauen zu Hitler“.²

Nun lebten sie in einem Land, dessen Städte in unterschiedlichem Grade zerstört, dessen Lebensmittelversorgung ungewiss war, dessen Industrie daniederlag und in erheblichem Umfang als Wiedergutmachung demontiert werden sollte, unzählige Kriegsoffer waren zu beklagen. Abertausende von Flüchtlingen, Umsiedlern und Evakuierten gab es allerorten, die nach Unterkunft und Lebensmöglichkeiten suchten.

Die aktiven Nazis fürchteten zur Rechenschaft gezogen zu werden, manche nahmen sich mit ihren Familien das Leben. Ist es da verwunderlich, dass von Befreiung zu dieser Zeit nicht die Rede war, sondern sich Opfermentalität breit machte? Zu selbstkritischer Besinnung reichte es bei den wenigsten. Die Sorge ums tägliche Brot blieb doch für lange Jahre bestimmend und ließ an bessere vergangene Zeiten leichter denken als an künftige.

Befreit waren die in Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen und Hauswirtschaft tätig gewesenen KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die nun in ihre Heimatländer strebten, teilweise auf Rache und Wiedergutmachung durch individuelle

¹ Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955. 4. Erg. Aufl. Bonn, 1986, S. 37-65; Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band. 1914-1949. Frankfurt am Main 2003, S. 951f; Rolf Badstübner, Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch. Berlin 1999.

² Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassismus und Nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005.

Aktionen aus waren. Auch die aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern Freigekommenen, die ihren antifaschistischen und demokratischen Überzeugungen treu gebliebenen Deutschen empfanden sich mit Recht als Befreite. Sie sahen sich für die Zukunft als Verantwortliche beim schweren Neuaufbau.

Deutschland unter Besatzungsrecht

Die Sowjetische Militäradministration

Im Mai 1945 erlebte Deutschland den völligen militärischen Zusammenbruch des Hitlerfaschismus. Er war so total, dass er logischerweise in eine bedingungslose Kapitulation mündete, die auch deshalb unausweichlich war, weil sie die Alliierten als Bedingung für die Beendigung des Krieges gegen den Hitlerfaschismus vereinbart hatten. Im Unterschied zum verlorenen 1. Weltkrieg besetzten die Siegermächte das gesamte Territorium Deutschlands. Da das „Reich“ untergegangen war, gab es für die alliierten Siegermächte auch keine deutsche Instanz, mit der durch sie zu verhandeln gewesen wäre. Bereits in der Konferenz der damals noch drei Mächte der Antihitlerkoalition in Jalta 1944 (Krimdeklaration) war die Unterstellung des deutschen Territoriums unter die Kommandogewalt der Siegermächte beschlossen worden. Sie allein hatten über das besiegte Land und seine Bevölkerung die Gesamtheit der Macht auszuüben. Insofern kann man von einer Besatzungsdiktatur sprechen. Gemäß dem Potsdamer Abkommen, war der Alliierte Kontrollrat das regierende Organ, das seine Macht in den vier Besatzungszonen durch die den jeweiligen Oberbefehlshabern unterstellten Militäradministrationen auszuüben hatte. Diese wiederum handelten nach den „Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen“. Die Ziele, von denen sich der Kontrollrat zu leiten hatte, waren im Abkommen umrissen.³ Sie lassen sich mit den Begriffen Demilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung umreißen. Im Text liest sich das so:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.“

Dazu hatte der Kontrollrat Gesetze und Direktiven zu erlassen. Dieser Alliierte Kontrollrat konstituierte sich am 30. Juli 1945 und nahm am 30. August 1945 seine Tätigkeit auf. Deutschland war politisch und wirtschaftlich als ein Ganzes zu behandeln. Im Kontrollrat hatte bei Entscheidungen Einstimmigkeit zu herrschen.

³ Vgl. Anhang: Aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz über Deutschland vom 2. August 1945.

Die im Potsdamer Abkommen genannten Ziele entsprachen dem Streben der Völker der Antihitlerkoalition, die Ursachen der faschistischen Kriegsverbrechen und Verbrechen an der Menschlichkeit ein für allemal zu beseitigen. Sie waren auch mit Sicherheit identisch mit den Kräften des deutschen Widerstandes gleich welcher politischen oder weltanschaulichen Zugehörigkeit.

Noch einmal: Natürlich war das Besatzungsregime eine Diktatur. Sie war keine durch parlamentarisch-demokratische Institutionen abgesegnete politische Ordnung. Die Regierungen der „Großen Drei“, denen sich Frankreich anschloss, setzten mit dem Potsdamer Abkommen Inhalt und Rahmen ihrer Machtausübung. Mit welcher deutschen Instanz hätten sie auch völkerrechtliche Abmachungen treffen sollen?

Die Besatzungsmacht musste sich erst konstituieren. Die kämpfenden Truppenteile, die am 8. Mai durch Pirna zogen, bewegten sich zur Überwindung des faschistischen Restwiderstandes ins Böhmisches in Richtung Prag.

Es ist nicht genau auszumachen, auf welche Weise Besatzungskommandanturen für den Kreis, die Kreisstadt und andere Orte gebildet wurden, aus welchen militärischen Formationen sie kamen, woher und welche speziellen Gruppen und Kader gebildet und eingesetzt wurden (für Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Sicherheit...).

Das läßt sich nur aus den Direktiven der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) ableiten.

Wie weit die Sowjetische Führung sich auf die Besatzungszeit eingestellt und dazu Vorbereitungsmaßnahmen ergriffen hatte, ist unter Historikern auch strittig. Die einen sprechen von „intensiver und langfristiger Vorbereitung“. Tjulpanow, der in der politischen Verwaltung der SMAD eine Führungsposition seit Anbeginn einnahm, erklärte, die Sowjetunion und die KPdSU hätten zwar über eine erprobte Konzeption der Befreiung verfügt. Es wäre nicht möglich gewesen, „die Truppen für die endgültige Zerschlagung des Gegners zu mobilisieren und gleichzeitig konkrete Weisungen darüber zu erteilen, was nach dem Siege zu tun sei. Die Sowjetunion hatte nicht wie die Westmächte die Möglichkeit, die Kader im Hinterland ruhig auf die Besetzung vorzubereiten.“⁴

Der Aufbau der Sowjetischen Militärverwaltung scheint fast zunächst von unten nach oben fortgeschritten zu sein. Schon in den ersten Tagen nach Kriegsende treten Kriegskommandanturen in Orten und Kreisen auf. Sie installierten deutsche Verwaltungen in Orten, Städten und Kreisen. Offenbar handelte es sich dabei um militärische Kommandos, die das Kriegsende in diesen Gebieten erlebt hatten oder aber um Einheiten des NKWD (des Innenministeriums) die den Truppen folgten.

Von ihrem Hauptquartier in Berlin-Karlshorst unter Marschall Shukow aus errichtete die SMAD Landesverwaltungen der SMAD. Ende 1945 bestanden in der SBZ 18 Bezirks-, 122 Rayon- (d.i. Kreis-), 13 Stadt-Kommandanturen mit Provinzialunterstellung, acht Stadtkommandanturen mit Bezirksunterstellung und 345 Ortskommandanturen mit Rayonunterstellung. „Durch Beschluß des Kriegsrats der SMAD vom 20. Februar 1946 wurden die Kommandanturen der rayonunterstellten Orte...wieder aufgelöst...“ Es folgten weitere Verkleinerungen des Militärapparats und seines Personalbestandes. „Ab Mitte 1947 löste man dann kleinere Kommandanturen auf, so daß zum 1. Juni 1948 insgesamt nur noch 151 übrig blieben...Eine Kommandantur war somit statistisch für etwa 120000 Einwohner zuständig.“⁵

In Sachsen wurden für die 28 ehemaligen Amtshauptmannschaften sehr schnell Kreiskommandanturen eingerichtet. In den Tagen nach dem 8. Mai treten auch Ortskommandanten in Städten und Gemeinden auf, oft nur in Gestalt eines Unteroffiziers.

⁴ Tjulpanow, Sergei Iwanowitsch, Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: ZfG, 15. Jg. 1967, S. 243 und derselbe, Die Rolle der Sowjetischen Militäradministration im demokratischen Deutschland, in: 50 Jahre Triumph des Marxismus-Leninismus, Berlin 1967, S. 45, zitiert nach: Foitzik, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Berlin 1999, S. 44.

⁵ Jan Foitzik, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Berlin 1999, 86f.

Bald wurden sie in Rayonkommandanturen zusammengefasst, von denen es in den Kreisen 5 bis 7 gab.⁶

In der Verantwortung des Kommandanten und seines Stabes lag auch die Sorge um die Durchsetzung einer straffen Disziplin und Ordnung in den unterstellten Truppeneinheiten.

Einige Bemerkungen zum Verständnis sowjetischer Besatzungspolitik

Manch neuere Veröffentlichung zur jüngeren Geschichte bedient sich zur Charakterisierung der Anfangsperiode der SBZ des klischeehaften Begriffs „Übergang zur zweiten Diktatur“ im Osten Deutschlands. Die Besetzung durch die sowjetischen Streitkräfte wird reduziert auf Gewalt, Raub, Vergewaltigung, Internierungslager, Deportationen, Ausplünderung durch Reparationen...⁷

All das gab es.

Eine Publikation eines amerikanischen Historikers gibt näheren Aufschluß über Organisation und Arbeitsweise der SMAD (Sowjetische Militär-Administration in Deutschland). Auch sie richtet aber ihren Fokus vernehmlich auf negative Seiten und Unzulänglichkeiten der Militärverwaltung und der Tätigkeit der Kommandanten.⁸

Meist wird heute dabei der historische Zusammenhang, in dem sich die Besetzung des östlichen Teils von Deutschland vollzog, (bewußt?) ausgeblendet:

Der von den faschistischen Truppen und der SS geführte Krieg gegen die Sowjetunion war im Grad der Barbarei, der Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen ohnegleichen in der Kriegsgeschichte. Fast alle sowjetischen Soldaten hatten Angehörige, oft ihre ganze Familie verloren. Sie sahen auf ihrem Vormarsch Hunderte zerstörter Städte und Dörfer; Ergebnis einer Taktik der „verbrannten Erde“ beim Rückzug der deutschen Truppen.

Krieg barbarisiert und stumpft ab. Das traf auch für die Sieger über den deutschen Faschismus zu.

Die Sowjetunion war ein weitgehend verheertes Land: 1710 Städte und rund 70000 Ortschaften wurden aufs schlimmste zerstört, die Zivilbevölkerung durch Kriegseinwirkungen, Hunger, Zwangsarbeit, Einsatzgruppenmorde u.a. nachhaltig reduziert, nach neueren Ermittlungen kamen 26 Millionen ums Leben, 25 Millionen waren obdachlos geworden, 32.000 Industriebetriebe waren zerstört worden, alle Kolchosen und Sowchosen weitgehend ihres Viehbestandes und ihres Maschinenparks beraubt oder durch Kriegseinwirkungen verlustig gegangen. 1670 russisch-orthodoxe Kirchen waren beschädigt oder zerstört, auch 532 Synagogen und 427 Museen u.v.a.⁹

Die Sowjetunion war von allen am Krieg beteiligten Staaten meisten verheert worden, ihr war daher auch am meisten an Wiedergutmachung gelegen.

Angesichts dieser Verheerungen war das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion in ihrer Nachkriegspolitik vollauf verständlich. Gerade auch deshalb war sie in ihrer Besatzungszone konsequent auf die Beseitigung der Ursachen des Faschismus ausgerichtet.

Die Bodenreform, die Zerschlagung der Monopol-, Nazi- und Rüstungsunternehmen, Schul- und Justizreform wurden mit durchgreifenden Maßnahmen umgesetzt, wobei diese Reformen auf alliierten Abkommen beruhten, die allerdings bei weitem nicht mit dieser Zielstrebigkeit und Konsequenz in den westlichen Besatzungszonen verwirklicht wurden. Daraus heute

⁶ Jan Foitzik, a.a.O., S. 155.

⁷ Vgl. auch dazu: Peter Brunner, Pirna im Zweiten Weltkrieg, Pirna 2005, S. 225f und 257f.

⁸ Vgl. Norman M. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949. Berlin 1997.

⁹ „Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges“, Berlin 1959, S. 78-85.

Digitale Bibliothek Bd. 20: Der Nürnberger Prozeß. November 1945-1. Oktober 1946. Bd. VII, S. 207-219 und Bd. VIII, S. 7-141; Der Nürnberger Prozeß. Zwei Bände, ausgewählt und eingeleitet von Prof. Dr. P.A.Steiniger. Berlin 1957, 2. Band, S. 444-445; Weltgeschichte in Daten. Berlin 1965, S. 931-932.

abzuleiten, gerade diese Reformen hätten zur Installierung einer „zweiten Diktatur“ auf deutschem Boden geführt, ist schlechtweg infam.

Selbstverständlich war jede Besatzungsmacht geprägt von ihren sozialökonomischen Grundlagen, darauf beruhenden Wertvorstellungen und ihrer politischen Verfasstheit.

Dass sich die Sowjetunion auf die Arbeiterbewegung orientierte und diese wiederum in der Sowjetunion sicheren Beistand vermutete, ist wohl selbstverständlich.

Die sowjetische Kreiskommandantur in Pirna

Neben der Militärkommandantur waren noch andere sowjetische Diensteinheiten im Kreis tätig. Das waren die Dienststelle der GPU und die Demontageabteilung. Dazu kamen noch Spezialisten der „Trophäenkommission“, die u.a. den Auftrag hatten, Kunstgegenstände zu erfassen, zu sichern und eine Anzahl davon zur „Restitution“ in die Sowjetunion zu überführen. Die Militärkommandantur unterstand der SMAD, aber die anderen erwähnten Einheiten zentralen Ministerien der UdSSR direkt. Da befand sich der Kreiskommandant mit seinen Mannschaften in einem Dilemma. Er war zuständig für die Sicherung des Lebens der Bevölkerung in seinem Gebiet, sollte Industrie, Handel und Landwirtschaft mit deutschen Selbstverwaltungsorganen in Gang bringen, kurz eine Normalisierung des Lebens bewirken. Dabei muß er zwangsläufig immer wieder mit den anderen Dienststellen in Widersprüche und Konflikte geraten sein.

Im Kreis Pirna bestanden oben erwähnte Rayonkommandanturen, für welchen Zeitraum ist bisher nicht zu ermitteln, in Gottleuba, Heidenau, Königstein, Bad Schandau, Sebnitz und Neustadt. Ortskommandanten gab es auch in anderen Städten und in einzelnen größeren Dörfern. Sehr bald aber wurden alle Angelegenheiten unter dem Kommando der Kreiskommandantur zusammengefaßt.

Die Kreiskommandantur nahm 1945 mehrere Gebäude in Pirna in Anspruch, wobei nicht genau zu unterscheiden ist, welche der Kommandantur im engeren Sinne zuzuordnen sind, welche der Demontageabteilung (der „Regierungsdemontagekommission“ – Foitzik) und wo nacheinander NKWD-Abteilungen (GPU) residierten. Ehe im Sommer 1946 die Kommandanturabteilungen in der Oberschule in der Seminarstraße konzentriert wurden, den entsprechenden Ratsbeschluß dazu gab es am 25.3.1946,¹⁰ ist die Kommandantur oder sind sowjetische Truppeneinheiten in folgenden Gebäuden verzeichnet: im Schützenhaus (Hanno), im Gerichtsgebäude in der Albertstraße, in Teilen des Sonnensteins, in Teilen der Kasernen in der Rottwerndorfer Straße, in der Bergstraße 14 und 16, der Felsenkellerbrauerei, in den Villen Hopfgarten, Bergstraße 16, Schandauer Str. 10; Tietze, Schandauer 12; Streitberger, Schandauer 26; Müller, Schandauer 30.¹¹ In der Sandgasse 12 befand sich im Oktober 1945 das Offizierskasino der Kommandantur.¹²

Die NKWD (GPU)-Dienststelle hatte ihren Sitz (1947) in der Siegfried-Rädel-Str. 35 und 40 und zeitweise in der Villa Flachs Albertstr.12.¹³

Die Konzentration der Kreiskommandantur in der Seminarstraße, wo sie bis zu ihrem Ende verblieb, vermutlich bis Anfang 1950, hatte wohl mit der Reduzierung ihres Personals und mit der Abschaffung aller lokalen Kommandanturen und mit der Kasernierung sowjetischer Truppeneinheiten in Garnisonen zu tun.¹⁴

So viel zur Lokalisation der sowjetischen Dienststellen in Pirna.

¹⁰ B 4, 3001, 1284/2, Bl.11.

¹¹ B 4, 3001, 505, 206; B4, 4012, 4222, Schriftwechsel betr. Abrechnung der Lieferungen für die Kommandantur.17-64.

¹² B 4, 3001, 1284/1, 230

¹³ B 4, 3001, 1231/1, vgl. auch B 4, 3001, 170, Erhebung für die Kreiskommandantur Pirna 1945-1949, Bl. 161 u. 268.

¹⁴ Zur Kreiskommandantur in der Seminarstraße vgl. B 4, 3015, 949/1 und 2.

Wer Kommandant war, ist nicht einfach festzustellen. Nur dreimal taucht in den Pirnaer Akten der Name eines Kreiskommandanten auf: Gardemajor Kowaltschuk (1945) und Oberst Lewschin (1946)¹⁵ und Kapitän Lubanow,¹⁶ als Offiziere ferner Oberst Parchim, Major Levchin, Oberstl. Bodnar, Oberstl. Skub.¹⁷

Offenbar war es auch nicht Aufgabe des Kommandanten, mit deutschen Verwaltungsorganen umzugehen. Dafür waren vornehmlich die Stellvertreter für Zivilverwaltung und politische Arbeit zuständig, also Major Petschalin und nach dessen tödlichem Verkehrsunfall¹⁸ Major Raikin.



Major Petschalin
Stellv. Kommandant



Kapitän Jakimowitsch
Wirtschaftsoffizier



Oberleutnant Nikolajew

Sorge um Ordnung in Militäreinheiten

Mit dem Ende der Kampfhandlungen lockerte sich die militärische Disziplin. Es kam zu häufigen Ausschreitungen, Plünderungen, Vergewaltigungen und zu Alkoholexzessen.

„Krieg ist immer mit Brutalität und Verletzung elementarer Menschenrechte verbunden. Der vom Hitlerregime mit Billigung und Unterstützung aller Eliten in Wirtschaft und Militär geführte Vernichtungskrieg mußte zwangsläufig den Wunsch nach Vergeltung bei den Sowjetsoldaten provozieren. Diese war nicht angeordnet. Übergriffe, auch schlimmste, wurden auf deutschem Boden vielerorts nicht verhindert. Später versuchte man sie zu vertuschen. Es waren allerdings, wie ich aus eigenem Erleben weiß, weitaus weniger als mitunter noch immer behauptet. Doch es gab sie in der Endphase des Krieges und leider auch noch danach, darunter vor allem Vergewaltigungen und Raubüberfälle. Sie bleiben ein nicht zu verzeihender Schandfleck. Obgleich erklärbar, sind sie nicht entschuldbar.

Bei der Durchsicht eines neueren archivalischen Quellenbandes bin ich auf ein Dokument gestoßen, das ich bis dahin nicht kannte. Stalin gab in seiner Eigenschaft als Oberster Befehlshaber im April 1945 die strikte Anweisung, die Haltung sowohl zu den Kriegsgefangenen als auch zur deutschen Zivilbevölkerung sichtbar zu verbessern, keine Übergriffe zuzulassen. Bemerkenswert war die Begründung. »Eine humanere Haltung zu den Deutschen wird uns die Kampfhandlungen auf ihrem Territorium erleichtern und zweifellos dazu beitragen, den Widerstand der Deutschen bei den Verteidigungskämpfen zu vermindern.« Die Direktive enthielt auch die Weisung, westlich von Oder und Neiße deutsche

¹⁵ B 4, 1286/2, Bl. 131.

¹⁶ SZ, 26.2.48, S.2: Bericht über die Kreisaktivistenkonferenz. Ansprachen u.-a. von Kommandant Kapitän Lubanow.

¹⁷ StAP, PDS-Bestand, Personenakten 0126, Weinhold.

¹⁸ B 4, 3001, 505, Bl. 120. Motorradunfall an der Pechhütte.

Verwaltungen mit Bürgermeistern zu bilden. Nominelle Mitglieder der Nazipartei sollten nicht verfolgt werden. Nur führende Nazis gelte es zu internieren.

Marschall Shukow erließ eine weitergehende Direktive als Durchführungsbestimmung für die Befehlshaber der Armeen und die Militärkommandanten. Übergriffe aller Art wie jegliche eigenwillige Beschlagnahmen oder Aussiedlungen ohne eine Zuweisung neuer Unterkünfte wurden streng untersagt. Das gelte insbesondere für »eigenwillige Beschlagnahmen von persönlichem Eigentum, Vieh und Lebensmitteln der verbliebenen deutschen Bevölkerung [...] Alle Personen, die eigenwillig Vieh oder Lebensmittel bei der deutschen Bevölkerung entwenden, sind festzunehmen und zu bestrafen, besonders hart zu bestrafen sind jene, die solchen Vorgängen Vorschub leisten und ihre Untergebenen zu diesen ungesetzlichen Beschlagnahmen beauftragen.« Es gelang jedoch lange nicht, diese internen Direktiven umzusetzen.¹⁹

"Es dauerte jedoch einige Zeit, bis diese schlimme Folge des Krieges unterbunden werden konnte", erinnert sich Doernberg. Mehrere hundert Soldaten sollen erschossen worden sein, manche von ihnen vor den Augen der deutschen Zivilbevölkerung, heißt es in einigen Quellen. Eine objektive Darstellung dieser Vorgänge ist heute jedoch immer noch unmöglich, weil die in Moskau lagernden Akten der Militärstaatsanwaltschaft weiter gesperrt sind.²⁰

In seiner Beratung am 14.5.1945 bedauerte das im antifaschistischen Ortskomitee von Pirna für das Polizeiwesen zuständige Mitglied Linné in Anwesenheit eines Vertreters der Kommandantur, dass „verschiedentlich die Leute des Kommandanten im Krankenhaus geplündert und Frauen vergewaltigt haben“.²¹ Es ist dies das einzige Mal, dass von örtlichen Instanzen in offizieller Runde derartige Vorkommnisse erörtert wurden. Auszugehen ist aber sicher davon, dass in direkten Kontakten mit der Kommandantur solche Willkürakte benannt wurden.

Am 4. Januar 1946 wandte sich die AG Sächsische Werke, Betrieb Pirna, an den Kommandanten mit der Beschwerde gegen Wachposten der Roten Armee, die auf Vögel schossen und dabei Leitungen trafen und zerstörten. Das sei auch bei der Straßenbahn in Bad Schandau vorgekommen.²²

Auf dem sowjetischen Friedhof in der Rottwerndorfer Straße sind auch drei Angehörige der Sowjetarmee bestattet, die im Juni 1945 in Heidenau infolge von Alkoholvergiftungen umgekommen sind.²³

Zeitgenossen dürften sich noch an das rigorose Vorgehen der sowjetischen Militärpolizei gegen randalierende und betrunkene Soldaten erinnern. Im Keller des Gymnasiums in der Seminarstraße sind noch Arrestzellen der Kommandantur zu sehen.

Zu einem tragischen Vorfall kam es am 11. März 1946 in Gohrisch. Sowjetische Soldaten, die aus einer Wachmannschaft in Königstein kamen, hatten es sich wider ausdrücklichen Verbots angewöhnt, in Gohrisch von Bauern Milch zu holen. Als der Bürgermeister Kurt Lindemann (vor 1933 Kommunist, aus Heidenau stammend) sie zur Rede stellte und ihnen möglicherweise mit einer Anzeige drohte, schlugen sie ihn brutal zusammen. Kurt Lindemann wurde lebensgefährlich verletzt und verstarb während des Transports zum Krankenhaus. Die Kommandantur in Königstein unter Major Babenkow untersuchte dies Verbrechen und ermittelte mit Hilfe von Augenzeugen die Täter. Genaueres über das Ergebnis des Verfahrens

¹⁹ Stefan Doernberg, Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. Berlin 2004, S.72f. Doernberg zitiert aus dem „Russischen Archiv“, Bd. 15, Teil 4(5), S. 220f.

²⁰ Berliner Zeitung, 2. Mai 2005, S.3: 60 JAHRE KRIEGSENDE *Frank Herold*, Der letzte Befehl. Bericht über eine Lesung mit Stefan Doernberg. Vgl. auch: Stefan Doernberg, Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters. Berlin 2004, S.72f.

²¹ B 4, 3026, 127, Bl. 11.

²² B 4, 3001, 1284/1, Schriftwechsel des OB Juli1945-März 1946, Bl. 72

²³ B IV, 3008, 65, Sowjetischer Friedhof, Rottwerndorfer Str. 1946 -49, Bl. 55ff.

ist nicht zu ermitteln. „Diese sollten bestraft werden. Es wurde auch von Erschießung gesprochen.“²⁴

Wiederherstellung normaler Lebensverhältnisse

Die ersten Verlautbarungen erreichten die deutsche Bevölkerung über den ersten Aufruf der Sowjetischen Besatzungsmacht vom 10. Mai 1945.

An die
deutsche Bevölkerung

Der von Hitler verbrecherisch begonnene Krieg ist zu Ende!
Die Nazipropaganda schreckte Euch mit den „Greueln“, die die Rote Armee angeblich mit ihrem Einmarsch nach Deutschland bringt. Die Nazis übten bewußt Betrug an Euch und verleumdete die Rote Armee, wenn sie behaupteten, daß die Rote Armee das Ziel habe, das deutsche Volk zu vernichten.

Die Rote Armee hat sich niemals die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk auszurotten.

Der Oberste Befehlshaber, Marschall der Sowjetunion STALIN, hat bereits zu Anfang des Krieges, im Februar 1942, öffentlich erklärt:
„Es wäre lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt!“

In seinem Befehl an die Rote Armee vom 1. Mai 1945 hat Marschall STALIN erneut die Lügenhaftigkeit der Nazipropaganda unterstrichen, die das deutsche Volk einschüchterte. Marschall STALIN sagt in diesem Befehl:

„Die verlogene faschistische Propaganda macht der deutschen Bevölkerung Angst mit dem läppischen Gerede, die Armeen der Vereinten Nationen wollten angeblich das deutsche Volk ausrotten. Zur Aufgabe der Vereinten Nationen gehört nicht die Ausrottung des deutschen Volkes. Die Vereinten Nationen werden den Faschismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Kriegsverbrecher streng bestrafen und die Deutschen zwingen, den Schaden wiedergutzumachen, den sie anderen Ländern zugefügt haben. Aber die Vereinten Nationen lasten die friedliche Bevölkerung Deutschlands nicht an und werden sie nicht antasten, wenn diese die Forderungen der Militärbehörden loyal erfüllt.“

Jeder Deutsche, unabhängig von seiner sozialen Lage, seiner Rasse und seinem Glaubensbekenntnis, der sich loyal gegenüber der Roten Armee verhält, kann seine Tätigkeit in Ruhe fortsetzen, über sein Eigentum verfügen, den Gottesdienst ausüben und alles Notwendige tun, um für sich und seine Familie die Lasten der Nachkriegszeit zu erleichtern.

Die Rote Armee verfolgt die Naziverbrecher. Die nationalsozialistische Partei wird in den von den Sowjettruppen besetzten Gebieten Deutschlands aufgelöst, und ihre Führer, die sich Verbrechen an den freiliebenden Völkern schuldig gemacht haben, werden dem Gericht übergeben. Aber die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei werden, wenn sie sich den Sowjettruppen gegenüber loyal verhalten, nicht verfolgt werden.

Der Zivilbevölkerung der von der Roten Armee besetzten Gebiete droht keinerlei Gefahr.

Nur diejenigen, die versuchen, gegen die Rote Armee zu kämpfen, werden nach den Kriegsgesetzen streng und schonungslos bestraft werden.

Zur Herstellung des normalen Lebens in den von der Roten Armee besetzten Gebieten Deutschlands werden in den Städten und Dörfern aus Ortsbewohnern deutsche Verwaltungen eingesetzt.

Deutsche Männer und Frauen!
Stellt in den Dörfern und Städten das normale Leben wieder her.

Arbeiter, Techniker, Verwaltungsangestellte der Industrie- und Kommunalbetriebe!
Setzt in Ruhe Eure Arbeit fort!

Kaufleute, Inhaber von Industrie- und Handwerksbetrieben, Angestellte!
Nehmt Euer Gewerbe wieder auf! Versorgt die Bevölkerung reibungslos mit Lebensmitteln und allem, was für das tägliche Leben notwendig ist!

Bauern!
Nützt die Frühlingszeit aus, führt in vollem Maße die Aussaat und andere Feldarbeiten durch, laßt nicht ein Fleckchen Erde un bebaut!

Deutsche!
Denkt daran, daß es vor allem in Eurem eigenen Interesse liegt, das normale Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen!
Hält den Sowjet-Militärbehörden im Kampf gegen die Abenteurer aus der Naziclique, die versuchen, Euch gegen die Rote Armee aufzubringen, spürt diese Provokateure auf und übergibt sie in die Hände der Militärbehörden!

Spürt die Kriegsverbrecher und die Nazihenker, die Naziführer, die Gestapolente, die H-Banditen, die Diversanten, Terroristen, Spione und faschistischen Agitatoren auf und übergibt sie den Dienststellen der Roten Armee!

An Euch liegt es, durch friedliche Arbeit und loyales Verhalten gegenüber den Truppen der Roten Armee zu beweisen, daß ihr nichts Gemeinsames mit der verbrecherischen Hitlerclique habt, die versuchte, Euch in der Verantwortlichkeit für die von ihr begangenen Verbrechen an sich zu fesseln.

Die Rote Armee bringt den Frieden allen Deutschen, die mit der Hitlerclique gebrochen haben und zur friedlichen Arbeit zurückgekehrt sind.

10. Mai 1945.

**DAS KOMMANDO
DER ROTEN ARMEE**

²⁴ Nach A. Herold, Kurt Lindemanns Tod. In: „Gohrischer Anzeiger“ 9 und 10, 1993.

²⁵ B4, 3022, 64, Öffentliche Anschläge und Aufrufe in der Stadt Pirna 1945, Bl.1.

Zwei Tage später erschien per Aushang der erste Aufruf des „Kriegskommandanten zu Pirna“.

„Aufruf!“

1. Alle Fabriken und Betriebe sind sofort wieder in Gang zu setzen. Soweit die Betriebe beschädigt sind, sind sie zunächst instand zu bringen.
Alle Fabriken und Betriebe haben umgehend Meldung an den Oberbürgermeister zu erstatten über die Art ihres Betriebes und die Zahl des Personals.
2. Alle arbeitsfähigen Einwohner, und zwar Männer bis zum 65. Lebensjahre, Frauen im Alter bis zu 60 Jahren, die nicht in Fabriken oder sonstigen Betrieben tätig sind, sind verpflichtet, sich sofort der Stadtverwaltung zur Freimachung der Straßen und Beseitigung allen Schuttes zur Verfügung zu stellen. Arbeitsgerät (Schaufeln, Spaten, Radehacke usw.) ist nach Möglichkeit mitzubringen.
Meldung früh 7.00 Uhr in Alt-Pirna, im alten Bauhof (neben der Knabenvolksschule an der Nicolaistraße), in Copitz am Hauptplatz.
Facharbeiter = Bauhandwerker, Tischler, Schlosser, Installateure usw. haben bei der Meldung ihren Beruf besonders anzugeben.
3. Beschlagnahmt werden alle Fahrräder, Rundfunk-Apparate, Kraftfahrzeuge, Motorräder und Foto-Apparate. Ablieferung ab 14.5.1945 in Pirna, „Tannensäle“, Bergstraße. In den anderen Gemeinden des ehemaligen Landkreises Pirna haben die Verwaltungen Räume zu bestimmen. Die abzuliefernden Gegenstände sind mit einem Zettel zu versehen, aus dem Name und Wohnung ersichtlich ist.
4. Alle Gaststätten sind sofort wieder in Betrieb zu setzen.
5. Die Bäckereien und Fleischereien haben gleichfalls sofort ihren Betrieb aufzunehmen. In erster Linie die Bäckereien mit Dampftrieb.
6. Der Verkauf von Lebensmitteln erfolgt, wie bereits bekanntgegeben, bis auf weiteres nur auf Marken oder Bezugsrechte.
7. Das Gesundheitsamt wird ab Montag, dem 14. Mai 1945, wieder eröffnet. Sprechstunden täglich für Frauen von 9-11 Uhr, für Männer von 11-12 Uhr.
Für das Gesundheitsamt wird eine med.-technische Assistentin gesucht. Meldung im Gesundheitsamt, Obere Burgstraße.
Sonntag, den 13. Mai 1945, haben sich im Gesundheitsamte zu melden:

Alle Ärzte	9,00 Uhr,
alle Apothekenbesitzer	10,00 Uhr
alle Hebammen	10,30 Uhr.
8. Alle ohne Bezugsrechte erworbenen Lebensmittel und andere Gegenstände werden beschlagnahmt. Nähere Verfügung über Ablieferung erfolgt durch Bekanntmachung des Ernährungs- und des Wirtschaftsamtes.
9. Alle Lederhändler haben ihre Bestände an Sohlenleder der Stadtverwaltung umgehend zu melden und sie zur Verarbeitung auf Anforderung zur Verfügung zu stellen.
10. Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der einzelnen Behörden haben sich am Montag, dem 14. Mai 1945, zur Wiederaufnahme der Arbeit einzufinden. Geschäftszeit 8-18 Uhr.
11. Alle Gerichtsangelegenheiten (Zivilsachen, Strafsachen, freiw. Gerichtsbarkeit) werden ab 14. Mai wieder im Amtsgericht bearbeitet.
12. Ruhetag ist nicht mehr der Sonntag, sondern der Freitag.

Pirna, am 12. Mai 1945

Der Kriegskommandant zu Pirna²⁶

So war der erste Aufruf auf die Wiederherstellung möglichst normaler Lebensbedingungen für die Bevölkerung gerichtet. Am schwierigsten war sicher die Lebensmittelversorgung in diesen ersten Tagen nach völligem Chaos und der Plünderung aller Einrichtungen, wo es etwas zu holen gab.

Darauf kommen wir noch im Kapitel 3 zurück.

Punkt 12, Freitag als Ruhetag statt Sonntag, blieb unerfüllt.

Am 11.7.1945 wurde verfügt, dass in allen von der Roten Armee besetzten Gebieten die Moskauer Zeit eingeführt wird.

Die Kreiskommandantur hatte die Gesetze, Beschlüsse, Befehle und Anordnungen des Alliierten Kontrollrats und der SMAD vor Ort umzusetzen und dazu deutsche Organe einzusetzen, die die unmittelbare Verwaltungsarbeit zu leisten hatten. Es müssen sich in vor allem wirtschaftlichen Angelegenheiten immer wieder örtliche Dienststellen, Betriebe und Bürger an die Kommandanturen gewandt haben. Im Interesse eines geordneten und übersichtlichen Verkehrs (und in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen) ordnete die Landesverwaltung Sachsen am 12.4.1946 an, dass es „hinfort keine Eingaben und Anträge an die SMA oder Kommandanturen geben“ dürfe. Alle Vorgänge hätten über deutsche Dienststellen zu laufen.²⁷

Am 5. Juli 1945 forderte der Chef der Bezirkspolizei die Bürgermeister auf, alle Staatsangehörigen der UdSSR, auch in der Sowjetunion geborene Deutsche, zu erfassen. Sie waren nach der alliierten Übereinkunft in Jalta (Februar 1945) in ihre Heimat zurückzuführen.

Am 4. August 1945 übermittelte der Landrat einen Befehl des Kriegskommandanten an die örtliche Verwaltung, in dem es hieß: „Die Bürgermeister haben kein Recht, an Russen oder an einzelne Abteilungen russischer Einheiten Anweisungen zur Mitnahme von Vieh, Getreide oder sonstigen Sachen zu geben. Kein russischer Soldat und keine Abteilung, auch kein höherer Offizier der Truppe darf ohne Genehmigung der Kriegskommandantur, welche mit Stempel versehen sein muss, irgendetwas mitnehmen oder beschlagnahmen, ganz gleich wer es auch sei. In jedem Falle, wo russische Soldaten ohne Genehmigung der Kriegskommandantur etwas mitnehmen oder beschlagnahmen wollen, ist sofort - auch telefonisch oder durch Eilboten - die Kriegskommandantur Pirna zu benachrichtigen.“²⁸

Die erste Sorge der Kommandanturen galt der Wiederherstellung eines möglichst normalen Lebens der Bevölkerung in ihrem Gebiet.

Behelfsbrücke über die Elbe

Um normale Lebensverhältnisse in der Stadt wieder herzustellen, mußte die Verbindung zwischen den Stadtteilen beiderseits der Elbe geschaffen werden. Durch den Luftangriff am 19. April 1945 war die Elbebrücke für den Verkehr nicht mehr verfügbar. Ein Brückenbogen war völlig zerstört, zwei weitere ernsthaft beschädigt.

„Bereits am 12. Mai 1945 begannen Pioniere des 26. Garderegiments der Roten Armee eine auf Pfahljochen ruhende Behelfsbrücke in Verlängerung der Dohnaischen Straße nach der Copitzer Seite zu bauen, um die so lebenswichtige Verbindung über die Elbe wieder herzustellen. Wer in der Zeit nach der Zerstörung der Brücke mit einem Fahrzeug von Pirna nach Copitz wollte, mußte über Schandau oder Dresden fahren.“

²⁶ Ebenda, S. 6/7 u. 44: Aufruf des Kriegskommandanten vom 12. 5.45 Das war ein zentraler Aufruf, der von den örtlichen Kommandanten mit Ortsangaben, Datum und Unterschrift ausgefertigt wurde.

²⁷ B 4, 3003, 1289, Schriftwechsel des Hauptamtes 1945-47, Bl. 104.

²⁸ Nach: Dieter Füssel, Schöna in den Jahren 1933-46. Unveröffentlichtes Manuskript. 2009, S. 69.

Innerhalb von 8 Tagen war die Behelfsbrücke unter Mitwirkung von 600 Pirnaer Bürgern fertiggestellt worden. Am 20. Mai 1945, 11.00 Uhr, erfolgte die Übergabe der über 100m langen Holzbrücke durch die Rote Armee an den Kreisoberbürgermeister Gehrke.²⁹

Zu den wesentlichsten Aufgaben der Kreiskommandantur gehörten:

- Die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung durch Erfassung, Sicherstellung und gerechte Verteilung der noch vorhandenen Lebensmittel, die unbedingte Sicherung der Feldbestellung und der Tierbestände besonders dort, wo Rittergüter und große Gehöfte von ihren Besitzern verlassen waren,
- die Sicherung des Eigentums und des Lebens der Bürger, von Wertbeständen, Produktionsstätten, Material, Vieh und Saatgut, Lagerbeständen der Wehrmacht und verlassener Fabriken und Güter,
- die Unterbringung der Flüchtlinge (der Begriff „Umsiedler“ wurde erst später, besonders im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz gebraucht),
- die Anleitung und Kontrolle der deutschen Selbstverwaltung in Orten, Städten und Kreisen.
- Überwachung der Tätigkeit von Parteien, Organisationen und Vereinigungen.

Dabei verlagerte sich diese Tätigkeit seit Jahresende 1945 auf die Kreisverwaltung oder das Landkreisamt, das seinerseits die Anordnungen der Kreiskommandantur an die Städte und dörflichen Gemeinden weitergab.

Mitarbeiter der Kreiskommandantur traten wiederholt in Versammlungen mit Vorträgen über die Politik der Sowjetunion auf und warben damit agitatorisch und propagandistisch für die politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung ihres Landes.³⁰

Die SMAD erließ zwischen 1945 und 1949 eine ganze Reihe von Befehlen, die sich mit Fragen der Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie befassten und die natürlich sowohl für die örtlichen Kommandanturen wie für die deutschen Verwaltungen als Handlungsrichtlinien galten. So finden wir z. B. den Befehl Nr. 45 über landwirtschaftliche Arbeiten im Jahre 1946, in dem es u. a. um die Brachlanderfassung geht,³¹ den Befehl Nr. 209 zur Errichtung von Neubauernhöfen³²; auch Befehle zur Kontrolle einzelner Industriezweige mit dem Ziel, ihre Produktion zielstrebig zu fördern.³³

Zu erheblichen Irritationen kam es im linkselbischen Grenzgebiet im Raum Schöna.

Am Pfingstsonntag, dem 20. Mai 1945 „besetzten Angehörige der tschechischen ‚Revolutionsgarden‘ den Bahnhof Schöna. Ein Trupp von ca. sechs Bewaffneten...traf an diesem Nachmittag mittels eines Triebwagens ein. Noch am gleichen Tage durchsuchten sie alle Wohnungen in den Elbhäusern. Der Bahnhofsvorsteher Weber wurde mit seiner Familie sofort des Ortes verwiesen, ohne irgendetwas mitnehmen zu können und ohne Anführung von Gründen...Schon am 19. Mai hatten Soldaten die unmittelbar an der Grenze liegende Gelobtbach-Mühle durchsucht. Zahlreiche beschlagnahmte Gegenstände und Wertsachen kamen hier in einen Raum, dessen Tür versiegelt wurde. Das Siegel trug die Aufschrift: ‚Zabrano pro CSR ce./Resek.‘ (Beschlagnahmt für die CSR, gez. Resek).“ Die Tschechen

²⁹ Stadtverwaltung Pirna (Hrsg.), Die Elbbrücke Pirna. Erbauung-Verbreiterung-Wiederaufbau-Sanierung. Pirna 1994, S. 8/9.

³⁰ B 4,3001, 505, Informationsberichte des Nachrichtenamtes 1946-1948. 4.5.48, Vortragsbericht über Major Raikin, Außenpolitik und internationale Beziehungen der Sowjetunion.

³¹ B 4, 3016, 6234, Landwirtschaftliche Arbeiten im Jahre 1946 gemäß Befehl Nr.45 der SMAD 1946.

³² B IV, 3001, 1380/1, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1946 zum Befehl der SMAD Nr. 209.

³³ Z. b: Ebenda; 26.1.46: Befehl des Chefs der SMA Sachsen zu Kontrolle in Papier- und Zellstoff-Industrie – mit Festlegungen für die Landesverwaltung und konkreten Strafmaßnahmen gegen unzuverlässige Mitarbeiter – bis zur Auflage für einzuleitende Strafverfahren.

nahmen die Schönaer Malzfabrik in Besitz und ließen das dort lagernde Getreide abtransportieren. Ein Teil des Getreides wurde auch durch sowjetische Truppen abgefahren.³⁴ Die in der Fabrik beschäftigten Arbeitskräfte wurden durch die tschechische Militärbehörde entlohnt. Die tschechischen „Revolutionsgarden“ brachten eine nicht genau zu beziffernde Anzahl deutscher Heimkehrer ums Leben. Erst zum Jahreswechsel 1945/46 kam es im Bereich Schöna zur Klärung durch die sowjetische Besatzungsmacht. „Im Dezember 1945 wandte sich der Bürgermeister, Paul Kunze, ... an die sowjetische Kommandantur mit der Bitte, eine Klärung der Zustände am Bahnhof Schöna herbeizuführen. Der Gang dorthin ist ihm nicht so leicht gefallen, denn mit den Russen war meistens nicht gut Kirschenessen, vor allem wenn es sich noch um so eine Angelegenheit handelte. Allerdings sah er sich im Dorf einigem Druck ausgesetzt. Am 3. Januar 1946 erschien am Bahnhof Schöna mit einem Jeep dann ein russischer Leutnant in Begleitung eines Soldaten. Der Offizier verlas ein Schriftstück. Danach kam es zwischen ihm und dem Anführer der Tschechen zu einem kurzen aber sehr lautstarken Wortwechsel, in russischer oder tschechischer Sprache. Noch am gleichen Nachmittag verließen die Tschechen das deutsche Gebiet. Augenzeuge dieser Begebenheit war Armin Heuer.“

Die am 24.12. nach Schöna gekommene kleine Abteilung Rotarmisten übernahmen auch am 4. Januar 1946 nach dem Abzug der tschechischen Soldaten die Bahnstation Schöna und bezogen dort Unterkunft. Der Militärposten bestand bis 1948 und wurde durch Schönaer Bauern gegen Entgelt mit Lebensmitteln versorgt. Für das Quartier in der Bahnhofsgaststätte erhielt der Besitzer monatlich 50 Mark Miete.³⁵

Bergung der Gemälde im Cottaer Tunnel

„Im Sommer 1944 wurden 317 Gemälde ‚Alter Meister‘ in dem Tunnel im Lohmgrund (oberhalb von Rottwerndorf) eingelagert. Der 252m lange Tunnel war gebaut worden, um einen Werkbahnanschluß der im Lohmgrund befindlichen Steinbrüche zum Bahnhof Großcotta herzustellen (Linie Pirna Großcotta). Im Tunnel befand sich eine feste, mit Klimaanlage versehene Holzbaracke. 317 Gemälde wurden darin untergebracht. Im Oktober 1944 kam noch ein Güterwagen mit Klimaanlage hinzu. In diesem Wagen befanden sich die berühmte ‚Sixtinische Madonna‘ und zwei weitere Gemälde sowie die Baupläne des Zwingers. Diese Exponate lagerten vorher in der Albrechtsburg Meißen. Der Güterwagen war durch drei Sprengschutzwände gesichert. Zur Pflege der Gemälde waren die Restauratoren Unger und Heese eingesetzt. Sie wohnten bei der Familie Müller in Cotta A, Nr. 78, in unmittelbarer Nähe des Tunnels. Eine Wachmannschaft der Polizei, stationiert in der Kantine der Steinbruchfirma Fleck & Illmert, war verantwortlich für die Sicherheit der Gemälde. Als in den letzten Kriegstagen die Stromversorgung ausfiel, bestand die Gefahr der völligen Vernichtung der unersetzlichen Kunstschatze, da die Klimaanlage in allen Depots nicht mehr arbeiteten. Sofort nach der Befreiung durch die Rote Armee meldete der Restaurator Heese den Standort der Gemälde der Kommandantur in Pirna-Rottwerndorf. Eine Spezialeinheit übernahm die Bergung der Exponate.³⁶

Diese Einheit unter W.P.Perewostschikow, den Marschall Konew mit der Bergung beauftragt hatte sicherte und verbrachte die im Tunnel geborgenen Schätze zunächst nach Pillnitz, wo sie von Leuten der Trophäenkommission gesichtet und zum Transport in die Sowjetunion vorbereitet wurden. Sie verließen Deutschland am 31.Juli 1945, gelangten über Kiew nach

³⁴ Kreisarchiv Pirna, Gemeinde Schöna Nr. 98.

³⁵ Nach Dieter Füssel, Schöna in den Jahren 1933-1946. Ein Beitrag zur Geschichte des Ortes. Unveröffentlichtes Manuskript. Im Folgenden: Füssel, Schöna.

³⁶ Rat des Kreises Pirna, Abt. Volksbildung (Hrsg.), Ehrenmale, Gedenkstätten, Erinnerungsstätten und Mahnstätten der Arbeiterbewegung, des antifaschistischen Widerstandskampfes und der deutsch-sowjetischen Freundschaft im Kreis Pirna. Erarbeitet von der Station Junger Touristen, Bad Schandau. Pirna 1969, S. 71.

Moskau, wo sie eingelagert und restauriert wurden.³⁷ Dresdner Kunstschatze waren in unserem Kreis auch im Schloß Weesenstein und auf der Festung Königstein eingelagert. In Königstein (Schatz- und Rüstungskammer der Festung – Kasematten an der Nordwest- und Südwestseite) waren sowohl Gemälde der Dresdner Gemäldegalerie wie des Historischen Museums und des ‚Grünen Gewölbes‘ eingelagert, im Schloß Weesenstein Bestände des Kupferstichkabinetts und ein Teil der Galerie ‚Neue Meister‘. Auch diese Depots gelangte unter die Regie der Trophäenkommission.³⁸

Einsammeln und Sicherstellung von Waffen

Als sich die letzten Einheiten von Wehrmacht und Waffen-SS aus unserem Kreis absetzten, hinterließen sie große Mengen an Waffen und Munition. Zahlreiche Soldaten entledigten sich ihrer Ausrüstung und setzten sich von ihrer Truppe ab. Manche Mine im Erdboden, an Verkehrswegen und Brücken gefährdete das Leben der Einwohner. Massenhaft verstopfte Kriegsmaterial aller Art die Fluchtwege von Wehrmachtseinheiten besonders auf den Wegen von Schöna, Reinhardtsdorf, Rosenthal, Hellendorf, Oelsen über das südwestliche Elbsandsteingebirge und das Osterzgebirge. Aus Schöna wird berichtet, die Wehrmachtsverbände hätten „in den letzten Kriegstagen jede nur einigermaßen befahrbare Wegeverbindung (genutzt), um nach Nordböhmen zu gelangen. Zu den Straßen, auf denen sich auch größere Fahrzeuge fortbewegen konnten, zählte die von Krippen nach Kleingießhübel und weiter im Verlaufe des Wiesenweges zum Böhmischem Tor führende Straße... Im Krippengrund zählte man später sieben Panzer.“³⁹

Diese Massen von Kriegsgerät einzusammeln oblag den Einheiten der Kommandantur. Über diese Aktionen ist relativ wenig an Auskünften verblieben. So registrierte das antifaschistisch-demokratische Ortskomitee am 9.5.1945, dass auf der Brauwiese (Felsenkeller) an der Schandauer Straße 30 Kisten mit Panzerfäusten lagerten.⁴⁰ Am 3. September 1945 erging an die Firma Stolle durch den Stadtrat der Auftrag, ein Flakgeschütz aus der Nähe des Friedhofs zum Platz der Kommandantur zu bringen.⁴¹

Räumkommandos der Roten Armee und von ihr rekrutierte Arbeitstrupps Deutscher bargen dieses Kriegsmaterial sicher über viele Wochen hinweg. „Da im Gebiet der Zschirnsteine größere Mengen weggeworfener Waffen vermutet wurden, erschien ein Absuchen notwendig zu sein. Das betraf vor allem den Wald beiderseits des Marktweges. Nach einer ersten Aktion konnten drei Bauernfuhrwerke voller Infanteriewaffen abgefahren werden. Bei den zu solchen Tätigkeiten herangezogenen Einwohnern handelte es sich zu einem Großteil um Mitglieder der ehemaligen NSDAP. Eine weitere Suchaktion am 16. Juni brachte nur fünf Gewehre, zwei Maschinenpistolen und eine Pistole. Ehemalige HJ-Mitglieder erhielten zudem im Sommer den Auftrag, das Gelände entlang des Dorfbaches abzusuchen, wo noch Munition geborgen werden konnte.“ Einem sechsjährigen Flüchtlingsjungen aus Kleingießhübel riss es beim Spielen mit Explosivkörpern ein Bein ab. Im Februar 1946 konnte der Reinhardtsdorfer Bürgermeister Viehrig dem Landrat melden, dass nach dreimaliger Durchsuchung des Waldes das Ortsgebiet nun frei von Waffen und Munition sei.⁴²

Dass dabei nicht alles erfaßt und gesichert werden konnte, geht aus den Berichten über Munitionsbergung bis in unsere Tage hervor.

³⁷ Vgl.: <http://www.initiativefortbildung.de/pdf/provenienz2004/volkert.pdf>: Tagung „Von der Provenienzforschung zur Restitution geraubten Kulturguts: politischer Wille und praktische Umsetzung“. Vortrag von Natalia Volkert am 23. September 2004, Berlin (beim Vortrag wurden der Text gekürzt). Der gegenseitige deutsch-sowjetische Kulturgutraub und die Restitutionsproblematik im Vergleich. Staatliche Kunstsammlungen Dresden, Der Menschheit bewahrt. Dresden 1959. Katalog. <http://www.lothar-brill.de/inhalt/tunnelportale/6604.html>. Ferner: Manfred Hickmann, Vom schweren Anfang. Zur Entwicklung der Stadt Pirna in der Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949. Pirna 1989, S. 21/22.,

³⁸ Am 25.8.1955 übergab die UdSSR einer Regierungskommission der DDR 750 Gemälde der Dresdner Galerie, die ab 27.11. dann in der Berliner Nationalgalerie zur Ausstellung kamen. Weitere Übergaben fanden 1956 und 1958 statt.

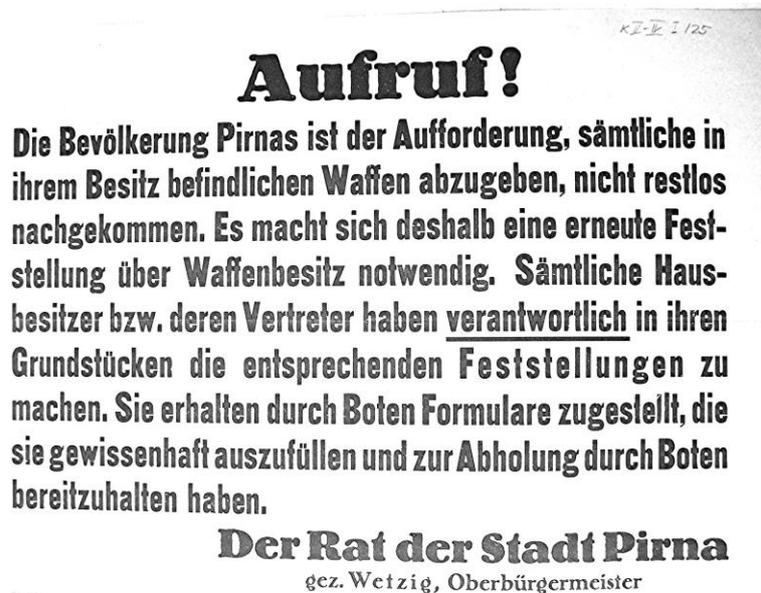
³⁹ Nach: Dieter Füssel, Schöna.

⁴⁰ B 4, 3003, 3026, 127, Bl. 1.

⁴¹ B 4, 3003, 1289, Bl. 272.

⁴² Füssel, Schöna

Neben der Bergung von Hinterlassenschaften des Krieges war auch die gesamte deutsche Bevölkerung zu entwaffnen, und zwar von jeglicher Art Waffen bis hin zu Luftgewehren und Dolchen. Dazu erging bereits im Mai eine allgemeine Aufforderung, der in Pirna im Juni ein weiterer Aufruf folgte. Ähnliche Aufrufe gab es in allen Orten.⁴³ Wer ihnen nicht folgte, hatte mit schwerer Bestrafung zu rechnen. So geschah es einem Bauern in Schöna, bei dem noch 1946 eine Pistole vorgefunden wurde. Er verlor seinen Hof, kam ins Internierungslager Bautzen, aus dem er nicht zurückkehrte.⁴⁴



45

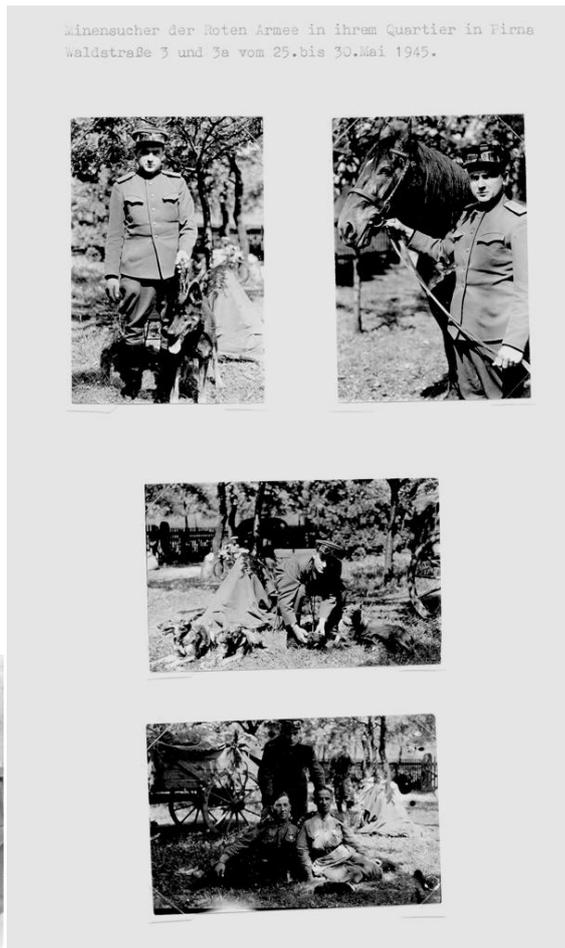
⁴³ Vgl. Zu Kleingießhübel (15.5.1945) Füssel, Schöna, unter: Abgabe aller Waffen.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ StAP, K II-IV-1/25

Überliefert sind Bilder der in Pirna tätig gewesenen Minensucher der Sowjetarmee. Ob sie nur im Mai 1945 kurzzeitig im Einsatz waren, oder ob sie nur kurze Zeit an der Waldstraße einquartiert waren, ist aus den vorhandenen Unterlagen nicht ersichtlich. Vermutlich bedurfte es ihres Einsatzes im Kreis längerer Zeit.

Ähnliche Einheiten gab es gewiss auch an anderen Orten des Kreises.



46

Ermittlung und Internierung der Nazitäter und Funktionäre gemäß Direktive 24⁴⁷

Den Kreiskommandanturen oblag die Durchführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 über die Entnazifizierung in unserem Kreis. Zu ermitteln und zu internieren waren Nazitäter und NS-Funktionäre gemäß der Kontrollratsdirektive 24.⁴⁸

Die Verhaftung der führenden Mitglieder der Nazipartei und der Nazibehörden nahmen sowjetische Militärorgane bereits im Mai und Juni 1945 auf Grund entsprechender Übereinkünfte der Alliierten vor.

Nach Angaben des sowjetischen Innenministeriums 1990 waren von 1945-1950 in Sonderlagern 122 671 Deutsche interniert, von denen nach einiger Zeit 45 262 wieder freigelassen wurden, 42 889 in Lagern umgekommen sind (=35%), 12 770 in die UdSSR verbracht, 6 680 in Kriegsgefangenenlager überführt und 14 202 später DDR-Behörden übergeben wurden. 756 wurden durch sowjetische Militärgerichte wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt und hingerichtet. 212 gelang die Flucht aus den Lagern.

Nach anderen Angaben hätte es 157 000 Internierte gegeben, von denen 43 035 in der Haft verstorben wären.

Ende 1949 befanden sich noch 29 880 Personen in sowjetischen Lagern.⁴⁹

Wenn es auch dazu direkte Nachweise für Pirna nicht oder noch nicht gibt, so ist aus anderen Unterlagen ein Personenkreis von 50 bis 80 Leuten auszumachen, die bereits zu den ersten

⁴⁶ StAP.

⁴⁷ Vgl. die ausführlichere Darstellung im Text „Entnazifizierung“.

⁴⁸ Beide Dokumente sind im Text „Entnazifizierung“, Anhang vollständig wiedergegeben.

⁴⁹ Foitzik, a.a.O., S. 171 und 175

Verhafteten und Internierten gehörten. Das betraf z. B. den NSDAP-Kreisleiter Elsner, seinen Stellvertreter Fichtner, den Bürgermeister Kühn, die Ortsgruppenleiter der NSDAP Arthur L., Herbert H. und Fritz H., den Polizeikommissar Hänsel, die SS- oder SA-Führer Dr. Erich H., Willibald K., Fritz H., Erich B. Eine Reihe belasteter Funktionsträger, hatte sich rechtzeitig abgesetzt oder hatte, teils mit der ganzen Familie, kurz vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen Selbstmord begangen. Ähnlich wie in der Stadt Pirna betraf das auch führende örtliche Funktionäre der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen in den Orten des Kreises.

Die Verhafteten unterlagen dem von den Alliierten vereinbarten „automatischen Arrest“, der gegen führende Nazis sofort nach Besetzung eines Territoriums verhängt worden ist, oder aber sie wurden durch Organe der sowjetischen Militärjustiz abgeurteilt und einem Internierungslager in der sowjetischen Zone oder in der UdSSR zugewiesen. Der Verfasser lernte zwei der Pirnaer Internierten später kennen, die zur Lagerhaft in die Sowjetunion kamen und dort sehr gut russisch zu sprechen gelernt hatten. Der weiter oben erwähnte Erich B. erbot sich, in der Klasse seiner Tochter in der Rainer-Fetscher-Oberschule Nachhilfe in der russischen Sprache zu erteilen.

Einige der Pirnaer Internierten verstarben in den Internierungslagern, so z. B. der ehemalige Bürgermeister Kühn und NS-Ortsgruppenleiter Arthur L.

Durch sowjetische Militärtribunale wurden verurteilt Hans W., (Gastwirt), Hans W., Richard Z., Rudolf B., (alle Pirna-Altstadt) Otto J., (Pirna-Copitz). Ihr Vermögen wurde durch die Besatzungsmacht eingezogen, ging danach in Volkseigentum zur Verfügung der Stadt über. Die städtischen Behörden waren zur Verteilung oder zum Verkauf ermächtigt. Dazu gab es am 8.10.1948 eine Übergabvereinbarung, unterzeichnet von Oberleutnant Michejew und den stellvertretenden Bürgermeister Erich Poneß.⁵⁰ Aus den Archivunterlagen sind die Begründungen für die Verurteilungen der Genannten nicht erfahrbar.

Beschlagnahmt wurden die Konten der Wehrmacht, der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände sowie höherer bzw. hauptamtlich angestellter NS-Führer. Unter namentlich Genannten finden wir ehemalige Sonderführer, Kreisbauernführer, NS-Ortsgruppenleiter, die Spitzen der SA, SS, NSKK, HJ aus dem Kreis.⁵¹

Das beschlagnahmte Wehrmachtsvermögen in Höhe von rund 550.000 RM und das Parteivermögen in Höhe von 1.500.000 RM (an anderer Stelle ist von einem Guthaben der NS-Kreisverwaltung von 597.762,22 RM die Rede) ist vom Kriegskommandanten bereits im Juli 1945 auf deren Bitte an die Stadt übergeben worden. Es sollte zur Unterstützung hilfsbedürftiger Einwohner verwendet werden, und derer gab es in der Tat viele.⁵²

Säuberung der örtlichen Behörden von NS-Mitgliedern

Am 3.11.1945 verfügte der Chef der SMA für das Bundesland Sachsen die Entlassung aller noch im öffentlichen Dienst beschäftigten ehemaligen Mitglieder der NSDAP bis zum 15.11.⁵³ Innerhalb weniger Tage waren die Verwaltungen von der Mehrzahl ihrer Mitarbeiter zu säubern. Das kam für die meisten überraschend, wenn auch nicht ganz unerwartet, hatte es doch im ersten öffentlichen Aufruf der Kommandantur vom 12. Mai geheißen, „alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der einzelnen Behörden haben sich ... zur Wiederaufnahme der Arbeit einzufinden.“ Natürlich waren inzwischen die als besonders belasteten städtischen Beamten entlassen worden. Nun aber betraf es alle ehemaligen NS-Mitglieder, auch die inzwischen reuigen und zu loyaler Mitarbeit durchaus bereiten. Das brachte die städtische Verwaltung in einige Schwierigkeiten, waren doch in einigen Abteilung sachkundige Leute

⁵⁰ B IV, 3024, 371, Konfiszierungen 1947-50, Bl. 3, 6, 11, 13, 30, 51.

⁵⁰ B4, 3007, 2066, Sicherstellung der Konten der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände sowie höherer bzw. hauptamtlich angestellter Parteiführer 1945

⁵¹ Ebenda, Bl. 61, 134

⁵² B4, 3007, 2066, Bl. 134, Sicherstellung der Konten der NSDAP, ihrer Gliederungen und Verbände sowie höherer bzw. hauptamtlich angestellter Parteiführer 1945

⁵³ B 4, 3001, 1379/I, Verordnungen der Landesverwaltung Sachsen 1945, Bl. 144.

unentbehrlich. So verwundert es nicht, dass der Befehl zur totalen Entnazifizierung der Verwaltung nicht zu 100% umgesetzt werden konnte. Das geschah sicher nach Einzelfallprüfung im Einvernehmen mit der Kommandantur.

Dennoch wurde durch die Kreiskommandantur die Durchsetzung der Entnazifizierungsbefehle immer wieder kontrolliert. Einen umfangreichen Kontrollbericht gibt es mit Stichtag vom 1.11.1946, mit dem Ergebnis der „geforderten Erhebungen innerhalb des Stadtgebietes Pirna“ zur „Anzahl der bei den nachstehenden Verwaltungsdienststellen beschäftigten Angestellten und Parteizugehörigkeit derselben.“⁵⁴ Demnach waren zu dieser Zeit von 450 Angestellten der Stadtverwaltung noch 33 ehemalige NSDAP-Mitglieder. Keine mehr finden wir im Amtsgericht, im Arbeitsamt, in den Schulen, bei der Kriminalpolizei, beim Kreisvermessungsamt. Von den 1795 Angestellten der erfassten Ämter waren noch ganze 126 ehemalige Nazis. Auffällig ist ihr hoher Anteil im Gesundheitswesen.

Hier die Gesamtübersicht:

**„Bericht
für die Kriegskommandantur Pirna
über die geforderten Erhebungen innerhalb des Stadtgebietes Pirna
Anzahl der bei den nachstehenden Verwaltungsdienststellen beschäftigten Angestellten und
Parteizugehörigkeit derselben.**

1) Zahl der am 1.11.46 beschäftigten Angestellten

DDS4	Ins- ges.	Alte Ang. (vor 8.5.45)	Neue Angestellte (nach 8.5.45)	Heutige Parteizugehörigkeit				Frühere Zugeh. zur
				SED	LDP	CDU	Parteilos	
a) Stadtverw. Pirna (einschl. dazugehöriger wirtschaftl. Unternehmungen, Kranken- u. städt. Lehranstalten	450	160	290	162	42	14	232	33
b) Amtsgericht Pirna	49	22	27	4	4	1	40	-
c) Arbeitsamt Pirna	58	20	38	28	-	1	29	-
d) Kreisschulrat Pirna einschl. aller in Pirna befindlichen Lehranstalten mit Ausnahme städt. Schulen	184	20	164	80	39	21	44	-
e) Finanzamt Pirna-Land	93	23	70	59	3	1	30	13
f) Gesundheitsamt Pirna	84	33	51	21	2	1	60	25
g) Hauptzollamt Pirna	21	5	16	4	4	1	12	5
h) Kreisheim Pirna	23	8	15	7	1	-	15	6
i) Kreispolizei Pirna	199	12	187	187	-	-	12	1
j) Kreisvermessungsamt Pirna	9	1	8	2	-	-	7	-
k) Kriminalpolizei Pirna	8	2	6	8	-	-	-	-
l) Landesanstalt Sonnenstein, Pirna	8	8	-	-	-	-	8	2
m) Landrat Pirna	242	51	191	123	8	7	104	13
n) Postamt Pirna	91	87	4	26	3	4	58	9
o) Sächs. Landesbank Pirna	21	12	9	1	5	2	13	-
p) Sozialversicherungskasse Pirna	166	44	122	70	1	2	93	12
q) Straßenbauamt Pirna	44	33	11	10	6	-	28	2
r) Versicherungsanst. d. Landes Sachsen	36	-	36	10	-	-	26	4
s) Wasserbauamt Pirna	9	3	6	4	-	1	4	1
Endsumme	1795	544	1251	806	118	56	815	126

Eine auf den Stadtrat selbst (ohne städtische Betriebe) beschränkte Übersicht ergibt das folgende Bild:⁵⁵

„Beim Stadtrat Pirna sind zurzeit
345 Angestellte beschäftigt. Nach dem Umsturz wurden
261 neu eingestellt, so dass

84 aus dem früheren Angestelltenverhältnis übernommen wurden.

Von diesen 345 Angestellten sind 140 SED-Mitglieder 41 LDP-Mitglieder, 13 CDU-Mitglieder, 151 parteilos; hiervon sind 15 Angestellte ehem. Pg's, bei denen zum größten Teil

⁵⁴ B4, 3004, 513, Berichte an die Kreiskommandantur 1946.

⁵⁵ Ebenda, Bl. 14.

Anträge auf Rehabilitation mit Aussicht auf Erfolg laufen. Einige davon haben auch Aufnahmeanträge für die eine oder andere der bestehenden 3 Blockparteien laufen.

In den Stadtwerken werden zurzeit 12 Angestellte beschäftigt, von denen 11 als Neueingestellte anzusehen sind.

8 von diesen Angestellten sind Mitglieder der SED. 4 Angestellte sind parteilos, von denen einer ehem. Pg. ist.

3. Im Stadtkrankenhaus Pirna werden zurzeit 93 Angestellte (einschließlich Schwestern) beschäftigt, von denen 18 neu eingestellt sind.

14 sind Mitglieder der SED, 1 LDP, 1 CDU, 77 sind parteilos, von denen 17 der NSDAP angehörten.“

Aufschlussreich ist das Ergebnis der Erfassung der Intellektuellen der Stadt Pirna nach dem Stande vom 1.11.1946.

Berufsgattung	Gesamtzahl	Frühere NSDAP-Zugehörigkeit
Ärzte und Tierärzte	38	21
Rechtsanwälte und Notare	5	2
Lehrer	310	79 *)
Ingenieure	100	40
Techniker	71	27
Architekten (einschl Baumeister)	9	5
Freischaffende Künstler	91	76
Geistliche	6	-
Sonstige Intellektuelle	22	12
Endsumme	652	262

*) Diese früher der NSDAP angehörenden Lehrer sind nicht mehr als solche tätig, sondern in der überwiegenden Mehrzahl als Handarbeiter eingesetzt, so dass die Zahl der tätigen Lehrer sich nur auf 231 Personen beläuft.

Lt. Angabe der Blockparteien sind die vorstehenden intellektuellen Kreise wie folgt politisch orientiert, ohne dass diese Angaben Anspruch auf Vollständigkeit erheben:

SED: 117 Personen

LDP: 62 Personen

CDU: 45 Personen

Insgesamt: 224 Mitglieder der 3 Blockparteien

Es kann jedoch unterstellt werden, dass eine weit größere Anzahl dieser Bevölkerungsschicht heute parteimäßig gebunden ist.“

Die Fehlstelle in der Spalte „Frühere NSDAP-Zugehörigkeit“ bei den Geistlichen dürfte wohl auf Rücksichtnahme gegenüber diesem Stand oder auf eine Fehlmeldung der Superintendentur zurückzuführen sein, denn mehrere Geistliche hatten der NSDAP angehört.

Aus dem Schuldienst und der Polizei in der Stadt Pirna waren alle ehemaligen NS-Mitglieder entlassen worden.

Demontagen und Reparationen

Beides waren Wiedergutmachungsleistungen auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Die Demontagen verfolgten zwei Ziele: Der nach dem Potsdamer Abkommen verfügten Zerstörung der deutschen Rüstungsindustrie und der Erfüllung von Reparationsforderungen der UdSSR. Das geschah durch Demontagekommissionen und Reparationsabteilungen verschiedener sowjetischer Ministerien, die weitgehend unabhängig von der SMAD operierten. In ihnen waren Vertreter und Mitarbeiter mehrerer Ministerien der Sowjetunion tätig, die planmäßig einschlägige Industrieunternehmen in ihre Forderungskataloge

aufnahmen und mit ihren Leuten den Abbau der Anlagen organisierten.⁵⁶ Etwa die Hälfte der industriellen Anlagen gingen dadurch bis Mitte 1948 mit einem Vermögensumfang von 4,3 bis 5 Mrd RM verloren.⁵⁷ Im Mai 1946 erklärte der Chef der SMAD zwar die Demontagen für beendet, aber es gab 1947 noch eine Welle, die Betriebe der Kohleindustrie, Kraftwerke und Eisenbahnen erfaßte. Das Ende der Demontagen trat erst mit dem Abbau von 5% der Kapazitäten des Buna-Werkes im Frühjahr 1948 ein.⁵⁸

Den Reparationsbedarf befriedigte die Sowjetunion schließlich über die mit Befehl Nr. 167 vom 5.6.1946 („Übergang von Unternehmungen in Deutschland in das Eigentum der UdSSR auf Grund der Reparationsansprüche“) gebildeten SAG-Betriebe (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaften), deren Gesamtproduktion in die UdSSR exportiert wurde und Lieferungen aus der laufenden Produktion von Betrieben, die dazu von der SMAD mit Kontingenten beauftragt wurden. Diese Betriebe waren als solche der Rüstungsproduktion ursprünglich auch für die Demontage vorgesehen. Nun produzierten sie weiter und bewahrten die dort Arbeitenden vor der Entlassung. Aus 202 SAG-Betrieben entstanden 33 SAG-Holdings. Seit 1947 wurden schrittweise SAG-Betriebe an die deutsche Verwaltung übergeben: 1947 74 Betriebe, weitere 1950, 1952 und die letzten zum 1.1.1954. Aufrechterhalten blieb die SDAG „Wismut“ bis 1990.⁵⁹ SAG Betrieb in unserem Kreis war z. B. Druckguß Heidenau. Am 1.12.1948 an die SAG „Pribor“ übergeben, „vom 1. März 1951 bis Mai 1952 als Teil der SAG ‚Kabel‘ eingetragen“, ging das Unternehmen mit den restlichen 66 SAG-Betrieben wieder in deutsche Hände über – als VEB Druckguß Heidenau.⁶⁰

Demontagen und Reparationen belasteten außerordentlich die Wirtschaft der SBZ, die besonders im Katastrophenjahr 1947 in einen Kollaps zu münden drohte.

In Pirna waren fast alle Betriebe von Demontagen betroffen, hatte doch in beinahe allen zwischen 1939 und 1945 Produktion für Kriegszwecke stattgefunden. Zwischen Juni 1945 und Januar 1947 lief in den Betrieben der Abbau von Maschinen und Anlagen. Festlegungen dazu traf vermutlich die im Stadthaus am Klosterhof residierende Demontageabteilung, die die nötigen Arbeitskräfte beim Pirnaer Arbeitsamt anforderte. „Ich habe damals den Gen. Jost Willy nicht beneidet, den man als Leiter des Arbeitsamtes für das Heranschaffen genügender Arbeitskräfte zur Demontage verantwortlich machte. Aus dem ganzen Kreis Pirna mussten selbige herangeholt werden. Die Schwierigkeiten unter denen dies zu geschehen hatte, ergaben sich wiederum aus den seinerzeitigen Verkehrsverhältnissen sowie den Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegungssorgen“, schreibt Max Ramm, damals Betriebsrat im Stahlwerk Pirna, das ohnehin durch das Bombardement im April 1945 nur noch mit Resten der Anlagen zu demontieren war.⁶¹ Es war zutiefst schmerzhaft für die Arbeiter, die auf diese Weise ihre Arbeitsplätze vernichteten.

Auch die Gebäude der Rüstungsunternehmen waren zu vernichten. Wären auch die Gebäude dieser Betriebe dem Erdboden gleich gemacht worden, hätte es von allen wesentlichen Großbetrieben des Kreises ab Ende der 40er Jahre kein sichtbares Zeichen mehr gegeben. Doch vom April 1947 liegt ein Merkblatt vor, in dem es heißt:

„Die Gebäude der ehemaligen Rüstungsbetriebe können nur dann vor dem Abbruch bewahrt werden, wenn entweder wichtige Fertigungen, für die ein dringender Bedarf in der sowj. Zone

⁵⁶ Foitzik, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Berlin 1999.

⁵⁷ Rainer Karlsch, Das „Selbmann-Memorandum“ vom Mai 1947. In: BzG (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin) 2/1993, S. 89/90

⁵⁸ Ebenda, S. 117.

⁵⁹ Vgl. dazu: Andreas Herbst/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR. Lexikon der Organisationen und Institutionen... der DDR, Bd. 2, Reinbeck b. Hamburg 1994, S. 870-872 und Rainer Karlsch, Uran für Moskau, Berlin 2007 und Rainer Karlsch/Michael Schäfer, Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter. Leipzig 2006, S.232-238.

⁶⁰ 50 Jahre Druckguß aus Heidenau. Heidenau 1971.

⁶¹ StAP, PDS-Bestand, 0062, Max Ramm

besteht, oder Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, soziale Einrichtungen dort untergebracht werden sollen. Voraussetzung ist, dass der Rüstungscharakter der Anlagen zerstört wird und die verbleibenden Anlagen das für Friedensfertigungen unbedingt notwendige Ausmaß nicht überschreiten.“⁶²

Daraufhin wurden für die demontierten Betriebe Besichtigungstermine im Zeitraum zwischen 18. Und 23. 4. 1947 festgelegt. Deren Ergebnis ist zwar nicht dokumentiert, aber alle in Frage kommenden Betriebe blieben erhalten. Eine Ausnahme bildete lediglich das Hungersche Stahlwerk an der Dresdner Straße in Pirna, das ohnehin durch das Bombardement im April 1945 fast völlig zerstört worden war.

Hier die Übersicht über die demontierten Betriebe in der Stadt Pirna:

Betrieb	Produktion	Grad der Demontage	
Elektrostahlgießerei Ebelt und Hille Copitz - Stahlgießerei Copitz, Lohmener Str. 12	Stahlguß	Juli 45-März 46: 100%	R
Gebr. Lein Pirna, Dresdner Str. 46	Grauguß, Holzbearbeit.masch., Abrichthobelmasch.	10.7.-Nov. 1945: 95%	R
Breuer u. Co., Inh. Ing. Georg Hentschel	Gelochte Bleche	14.11.46-20.1.47: zu ca. 85 %	R
Fr. Küttner AG Pirna Heidenauer Str.	Spinnmaschinen (Kunstseide)	Abschluß Ende April 1946: 100 %	R
P. Swoboda, Copitz, Lohmener Str. 12	Kleingartengeräte, Rep. v. Maschinen	100 %	
Horst Fischer, Maschinenbau, Copitz, Lohmener Str.13	Fahrzeugrep., Schneidwerkz., Allg. Maschinenbau	Juni/ Juli 1945: 100 %	R
AZ. Werk Hoesch, Pirna, Braudenstr. 11	Sulfitzellstoff, Ätznatron	Demontagestopp bis auf Spiritusanl., die 100 % dem.	
Ges. f. chem. Industrie Mockethal	Lacke u. Farben, phar. Produkte, Leime u.a.	Dem.	
Chem. Fabr. Dressler	Lacke, Farben	80%	
Vereinigte Farbenglasw. Pirna, Glashüttenstr. 33	Flachglas, Opt. Glas, Buntglas	24.7.45-10.10.45: 60%	R
Siemens-Glas Copitz, Pillnitzer Str. 124	Glas	29.6.45-14.1.46: 100%	R
Dyckerhoff & Widmann,	Flachglas	100%	
Mitteldeutsche Spinnhütte, nicht demontiert, sondern nur Kondensatorenbau von Siemens	Kondensatoren	April 1946 – 100%	R
Ofenfabr. Pirna	Öfen, Herde	100%	
Fr. Hengst, Pirna, Reichsstr.	Fenster u. Türen	100%	
G. Koppasch, Pirna, Feistenbergstr. 40	Möbel u. Phonoschränke	100%	
F. Kemnitzer	Schnittholz,	100%	
Papierfabr. Copitz,	Papier	100%	
Pirnaer Anzeiger	Druckerei	90%	

⁶³

R = als Rüstungsbetrieb behandelt.

In einer Akte finden wir Aussagen über den nach der Demontage der wesentlichen Betriebe eingeleiteten Neuaufbau.⁶⁴

⁶² BIV, 3015, 428, Demobilisierung der Rüstungsbetriebe im Stadtgebiet Pirna, 1947, Bl. 4. Hier auch Dokumentationen zu den Fabrikanlagen, Aussagen über Demontagegrad, teilweise Grundrisse und Fotos.

⁶³ B4, 3004, 513, Berichte an die Kreiskommandantur 1946 und B 4, 3015, 478, Demobilisierung der Rüstungsbetriebe im Stadtgebiet Pirna, 1947

⁶⁴ Ebenda. Erhebung im Zusammenhang mit „Umbau von Rüstungsbetrieben für Friedenszwecke.“

Bl. 36 Die Mitteldeutsche Spinnhütte ist in den Jahren 1938 bis 1943 als Großversuchsanlage errichtet worden, um Kunstseide aus Maulbeerruten zu verarbeiten. Die Apparate wurden im April 1946 100%ig demontiert. Seitdem sind die Anlagen zur Kunstseidenproduktion wieder vollständig aufgebaut und in Betrieb genommen worden. (26.4.47)

Bl. 12 Lein: Eigentümer jetzt: Land Sachsen

Rückführung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern

Französische, britische und amerikanische Kriegsgefangene

„Die nach Deutschland verschleppten polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter wurden von den Besatzungstruppen zusammengefaßt und militärisch in einem Lager im Graupaer Wald ausgebildet. Diese Lagerleitung war darauf bedacht, diese Zivilisten in Uniformen einzukleiden. Nach Aussprache mit den verantwortlichen Offizieren des Lagers errichteten wir 2 Schneiderstuben. Etwa 30 Frauen waren in diesen Schneiderstuben mit der Anfertigung von Uniformen beschäftigt. Für ihre Arbeit bekamen die Frauen manches Brot, das damals sehr wertvoll war.“⁶⁵

„Der Pirnaer Landrat informierte am 16. Juli darüber, dass auf Befehl des Stadtkommandanten zu Pirna alle Tschechen, Polen und Jugoslawen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, das von der Roten Armee besetzte deutsche Gebiet binnen fünf Tagen zu verlassen hätten. Das Mitnehmen von Handgepäck war gestattet.“⁶⁶

Kriegsgefangenenlager

Die Sowjetarmee richtete 1945/46 in unserer Stadt zwei Durchgangslager für kriegsgefangene deutsche Soldaten ein.

Sie waren zum überwiegenden Teil südlich des Erzgebirges in Gefangenschaft geraten, einige auch am letzten Kriegstag im Grenzgebiet zu Böhmen. Aus dem Raum um Teplice trafen schon in den ersten Tagen nach der Befreiung Marschkolonnen von deutschen Kriegsgefangenen im Lager Rottwerndorfer Straße ein. Dort entstand das größte der beiden im Stadtgebiet Pirna gebildeten Kriegsgefangenenlager.

Es existierte von Mitte Mai 1945 bis zum 29. Mai 1946. Die in diesem Lager konzentrierten Gefangenen erhielten nach einer Zeit der Überprüfung ihre Entlassungspapiere oder aber wurden in die Sowjetunion verbracht.

Einem Bericht zufolge waren es Anfang Juni 1945 27 Marschgruppen zu je 500 Mann, also weit mehr als 10000 Soldaten der verschiedensten Wehrmachtsteile. Über dieses Durchgangslager gibt es nur wenig authentisches Material.

Der Stadt erwuchs in Zusammenarbeit mit dem Kommandanten dieses Lagers manche Verpflichtungen bei der Versorgung und Betreuung der Gefangenen. Die Volkssolidarität rief

Während des Krieges: Bearbeitung von angelieferten Granatenrohlingen.
1938 – 222 Arbeiter, 36 Angest.

Jetzt (1. Quartal 1947) 171 Arbeiter, 24 Angest.

Bl. 18 Breuer u. Co., Inh. Ing. Georg Hentschel
Während des Krieges: Gelochte Bleche, Schlosserarbeiten, Trieure (wie vordem und jetzt auch).
Vor dem Krieg 75 Beschäftigte, jetzt 27.

Bl. 24 Stahlgießerei Copitz,
Vor dem Krieg 140 Beschäftigte, jetzt 100
Produktion. Stahlguß

Bl. 31 Mitteldeutsche Spinnhütte, Celle, jetzt landeseigener Betrieb
Während des Krieges keine Produktion. Jetzt mit 60 Beschäftigten Geplant: Kunstseide aus Maulbeerruten nach Bef.
65 und 28.

Bl. 40 Küttner
Demontage: Abschluß Ende April 1946 zu 100 %
Beschäftigte vor dem Kriege 3700 (Werke I-IV)
Jetzt: 605 – Betrieb im Aufbau, Werk II und Versorgungsbetriebe.

Bl. 59 Siemens-Glas, AG unter Treuhandschaft gestellt (60 % Auslandskapital: Holländisch-amerikan. Gruppe Ferdinand Heye, Florida USA)
Beschäftigte: Im Krieg ca. 175, jetzt 175.

Bl. 67 Horst Fischer, Maschinenbau, Copitz, Lohmener Str.13 – Berggießhübler Werkzeugmaschinenfabrik Paul H. Fischer
Produktion im Krieg: Bohrmaschinen mit 35 Beschäftigten.

Jetzt: Reparatur an Werkzeugmaschinen und landwirtschaftlichen Geräten mit 17 Beschäftigten.

71 Industrieverwaltung 29 Glas, Zweigbetrieb Vereinigte Farbenglaswerke AG Pirna. Beschäftigte während des Krieges:
290, jetzt 140.

⁶⁵ StAP, PDS-Bestand, Personenakten 0032, Artur Göhler.

⁶⁶ Dieter Füssel, Schöna.

mehrfach zu Spenden von Büchern und Musikinstrumenten für das Lager auf. In einem Zeitungsbericht erfahren wir von Oberbürgermeister Wetzig dazu:

„...In der ehemaligen Kaserne Pirnas war schon bald nach der Beendigung der Kriegshandlungen ein Gefangenenlager größeren Umfangs errichtet worden. Von ihm aus erfolgten Entlassungen der Kriegsgefangenen, denen die Freiheit wiedergegeben wurde. Sie spielte sich in der Hauptsache auf dem alten Marktplatz der Stadt ab und erforderte nicht nur den Einsatz zahlreicher Beamter zur Abwicklung der nötigen Formalitäten, sondern machte auch die Gewährung zusätzlicher Verpflegung durch die Stadt nötig. Das war insbesondere dann erforderlich, wenn Heimkehrertransporte unmittelbar nach ihrer Ankunft in Pirna entlassen wurden. Für diejenigen Heimkehrer, die nicht nach ihrer alten Heimat zurückkehren konnten und unschlüssig waren, wohin sie sich wenden sollten, mussten Unterkunftsräume zur Verfügung gestellt werden. Dankbar haben die vielen tausend Heimkehrer die mit mancher Sorge verbundene Betreuung durch die Stadtverwaltung, an der sich die Bevölkerung zum Teil unaufgefordert und freiwillig beteiligte, anerkannt.

Auch jetzt noch hat die Stadt Aufgaben zu erfüllen, die sich aus der Beheimatung von Kriegsgefangenen ergeben. Insbesondere hat sie ein Krankenhaus mit 400 Betten zu unterhalten, das der Aufnahme erkrankter oder noch nicht von ihrer Verwundung genesender Heimkehrer dient. Es musste binnen weniger Tage sozusagen aus dem Nichts geschaffen werden. Die damit verbundenen Sorgen hinsichtlich der Material- und Personalbeschaffung, aber auch Besorgnisse finanzieller Natur wurden nicht nur übernommen, weil ein behördliches Muß dahinter stand, sondern weil auch das einem Gefühl echter Volkssolidarität entspringende Verständnis für die Notwendigkeit der Einrichtung bei den Stadträten vorhanden war. Wenn sich auch jetzt die Landesverwaltung wenigstens hinsichtlich der Aufbringung der Kosten eingeschaltet hat, bleiben trotzdem noch Sorgen genug, die die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Hilfskrankenhauses mit sich bringen.“⁶⁷

Für das Kriegsgefangenenlager war auch die Stadt zumindest in seine Verwaltung eingebunden. So lesen wir in einem Bauamtsbericht:

„Der Verwalter der bisherigen Kriegsgefangenenlager, Herr Zehmisch, rechnete ab und legte die letzten Rechnungen über die Verpflegung der Gefangenen zur Buchung und haushaltplanmäßigen Bearbeitung vor.“⁶⁸ Leider sind nur spärliche Mitteilungen über die Lager betreffende Vorgänge erhalten geblieben, obwohl doch sicher mehrere Verwaltungsbereiche der Stadt in die Sorge um Nahrungsmittelbeschaffung, kulturelle Betreuung und medizinische Versorgung eingebunden waren.



Oberst Magila, Kommandant des Kriegsgefangenenlagers Rottwerndorfer Straße.

⁶⁷ Volkszeitung vom 26.3.1946, S.3: Die Sorgen der Stadt Pirna. Ein Rück- und Ausblick. Von Oberbürgermeister A. Wetzig.

⁶⁸ B4, 3015, 21, Einteilung der Geschäftsbereiche, Personenverzeichnisse und Zeitungsberichte 1945-1949. Leistungsberichte des Stadtbauamtes. Leistungsbericht auf die Zeit vom 17.5.-2.6.1945.

Aus diesem Kriegsgefangenenlager gibt es einen Bericht, der uns Aufschluß über politische Arbeit unter den Gefangenen gibt. Ihn veröffentlichte Prof Dr. Günter Benser, geboren in Heidenau. Er ist als Anhang (S. ...) wiedergegeben.

Vom 30.6.1945 datiert ist ein Aufruf der Stadtverwaltung an die Bürger:

„Das deutsche Kriegsgefangenenlager in Pirna will sich ein kleines Orchester bilden und es werden dazu Musikinstrumente benötigt. Diese Musikinstrumente sollen durch freiwillige Sammlung beschafft werden. Es wird die Einwohnerschaft gebeten, evtl. entbehrliche Musikinstrumente aller Art schnellstens zu Verfügung zu stellen. Abgabe kann erfolgen im Rathaus, Polizeiwache.⁶⁹ Welchen Erfolg der Aufruf hatte ist nicht erfahrbar. Das Orchester dürfte auch nicht allzu lange bestanden haben, war das Kriegsgefangenenlager in Pirna doch mehr eine Durchgangs- denn ein längerfristige Einrichtung.

Im Frühjahr 1946 entstand auf dem Sonnenstein ein Quarantänelager für entlassene Kriegsgefangene. Der Stadtrat befaßte sich mit seiner Einrichtung in seiner Beratung am 7.1.1946.⁷⁰ Es war dabei von 500 Kriegsgefangenen die Rede, die dort unterzubringen, zu betreuen und zu verpflegen waren. Es muß sich dabei um eine Einrichtung gehandelt haben, für die sowohl die Stadt als auch die Besatzungstreitkräfte zuständig waren. Es ist nicht klar erkennbar, woher die hier untergebrachten Gefangenen kamen. In teils blumiger Sprache ist ein Bericht überliefert, der uns einige Eindrücke von diesem Lager vermittelt.

„Bericht über das Kriegsgefangenenlager Pirna-Sonnenstein

Am 1. März des Jahres 1946 wurde das Umsiedlerlager II Pirna-Sonnenstein von der russischen Besatzungsmächten als Quarantänelager erklärt. Es dauerte nicht lange, schon am 3. März trafen die ersten entlassenen Kriegsgefangenen hier ein. Ein ganz anderes Bild entstand. Sonst sah man hier Männer und Frauen, und Kinderstimmen hallten von Haus zu Haus. Nun sah man nur Männer. Verschieden waren ihre Herkunft. Jeder wusste was von fremden Ländern oder anderen Zonen zu erzählen. Von Tag zu Tag wuchs die Zahl der Ankommenden. Die Ärzte hatten freilich viel zu tun, und auch das Büropersonal. Denn jeder Einzelne, der in das Quarantänelager kam, wurde untersucht und in die Listen aufgenommen. Für jeden wurden Gesundheitspässe, Kennkarten und Ausweise ehemaliger Kriegsgefangener ausgeschrieben.

War die Aufnahme getan, ging die weitere Bearbeitung der Papiere im Büro vor. Die Kriegsgefangenen kamen nun in die Entlausung, und wurden dann ihren Hausverwaltern und Zimmern zugeführt. Die Zahl der Kriegsgefangenen wuchs, denn jetzt kamen auch noch größere Transporte.

Der Frühling brach herein, alles grünte und blühte. Das Leben wandte sich der Natur. Warme Strahlen schickte die Sonne vom blauen Himmelszelt, - jedem sehnte es nach draußen. Die Anlagen wurden zu Liegewiesen, und bald sah man sonnengebräunte Menschen. Sie sahen alle viel gesunder und frischer aus. Wenn sie dann zum Essen- oder Kaffee holen in langen Reihen standen, - einer war brauner denn der Andere.

Vielen waren die Tage oft sehr lang. Doch auch für die Langweile ward Sorge getan. Es wurden Bücher und Zeitungen aller Art besorgt, die politisch und geistlich die langen Stunden kürzen sollten. Oft war auch Variete und Kino, sogar Musik ward herbestellt. Melodien dann weit und breit ertönten, der Applaus war immer gut bestellt.

Beim Friseur war immer Hochbetrieb, denn ein jeder pflegte dem Anderen immer gut zu erscheinen. Dem Schuster wars oft ein Verdruß, denn nicht immer war es ein Genuss. Die Schuhe waren oft so entzwei, es war zu kompliziert die Flickerei. Vielen wars an Schuhen

⁶⁹ B4, 3022, 64, 28, Öffentliche Anschläge und Aufrufe in der Stadt Pirna 1945

⁷⁰ B4, 3001, 1231/2, Ratsbeschlüsse 1945-46, Bl. 162.

bedürftig, und auch an Kleidung fehlte es. Auch für diese Leute ward Sorge getan, denn die Volkssolidarität stellte uns die entsprechenden Sachen dafür.

Nun sind die Tage der Entlassung nicht zu vergessen. Ein Tag, wo ein jeder sehnlichst drauf wartete. Gestürmt wurden dann fast die Türen, denn nach Hause sich doch ein jeder sehnte.

Der Lagerleiter - Obmann und das Personal, ein jeder hatte seine Sorge. Denn ein jeder wollte dazu beitragen dieses Lager schön und sinnlich zu gestalten, damit jedem Heimkehrer die Zeit der Quarantäne in guter Erinnerung bleibt. Nun wurde unser Lager geschlossen, für neue Aufgaben steht es bereit, und lassen nun die Meldung laufen für Kriegsgefangene der Quarantänezeit.

Vom 4. März bis 10. Mai 1946 wurden durch das Quarantänelager 3 Pirna - Sonnenstein insgesamt 3131 Kriegsgefangene durchgeschleust. Davon waren 53 Offiziere, wovon noch 3 bei der GPU Pirna sind, 2 befinden sich noch im Krankenhaus, und die Anderen 48 kamen am 10. Mai nach Hoyerswerda mit Transport.

Von diesen 3131 Personen waren 31 Kranke, und 2 sind verstorben.⁷¹

Denkmalsbeseitigungen

Zu beseitigen waren alle Denkmäler der NSDAP und solche mit chauvinistischem und militaristischem Charakter. Dabei war angewiesen, bei Kriegerdenkmälern (aus dem 1. Weltkrieg) differenziert vorzugehen. Auf Anordnung der SMAD erließ dazu die Zentralverwaltung Volksbildung und die Landesverwaltung Sachsen, Landesamt für Denkmalpflege entsprechende Ausführungsbestimmungen.⁷² Am 19.1.1946 erfolgte die Meldung der im Stadtkreis befindlichen Denkmäler an Kapitän Raykin, aber in Pirna war kein Denkmal von dieser Anordnung betroffen. Das Bismarckdenkmal war durch das Bombardement im April 1945 zerstört worden. Das König-Albert-Denkmal, das Artilleriedenkmal 1914-18, der Denkstein für Dr. med. C.W.L.Hoch und der Grabstein Julius Otto waren am 12.8.1943 bereits für die Verarbeitung in der Rüstungsindustrie abgebaut worden.⁷³ Die erhaltenen Kriegerdenkmäler zum Ersten Weltkrieg blieben erhalten.

Sowjetischer Friedhof

Unter der Federführung der Kommandantur entstand im Frühjahr 1946 der Friedhof der Sowjetarmee an der Rottwerndorfer Straße. Auf ihm wurden die in den letzten Tagen in unserem Kreis gefallenen Sowjetsoldaten bestattet. Dorthin wurden aber auch die in den Kriegsjahren umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen und verstorbenen Zwangsarbeiter umgebettet, und zwar aus verschiedenen Orten des Kreises (z. B. Struppen, Liebstadt, Rosenthal, Burgstädtel, Mühlbach, Liebenthal, Reinhardsdorf, Heidenau, Sebnitz).⁷⁴

⁷¹ StAP, K IV-IV-I-22b.01-22b.11.

⁷² B 4, 3015, 1019, Denkmäler 1943-46.

⁷³ Ebenda, S.10.

⁷⁴ B IV, 3008, 65, Sowjetischer Friedhof, Rottwerndorfer Str. 1946 -49

Vertrag 28.5.46: Gräber übergeben: Pirna-Rottwerndorf, 15 von Angehörigen der Roten Armee, Sonnenstein 4 Gräber von Sowjetsoldaten, die im Kampf mit deutschem Volkssturm gefallen sind und ein Massengrab mit Bürgern der SSR, welche von 1942-45 gestorben sind, auf dem Pirnaer Friedhof.

B4-1285/1, Schriftwechsel des OB April-Okt. 1946.

28.5.46: Vertrag über Erfassung und Instandhaltung von Gräbern von Angehörigen der Roten Armee und sowj. Und ausl. Bürgern. Danach Pirna-Rottwerndorf 15 Gräber von Angeh. Der R.A., Pirna-Sonnenstein 4 Gräber von Angeh. Der R.A., welche im Kampf mit deutschem Volkssturm gefallen sind. 1 Massengrab von Bürgern der SSR, die von 1942-45 gestorben sind.

55ff: Namen sowj. u.a. Bestatteter aus anderen Orten des Kreises, die ebenfalls nach Pirna überführt.



Der Friedhof für die sowjetischen Soldaten, die verstorbenen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

Schlußbemerkungen

Die Tätigkeit der sowjetischen Kommandantur in Pirna kann nur aus einigen archivalischen Bruchstücken, aus örtlichen Nachrichten und wenigen schriftlichen und mündlichen Überlieferungen rekonstruiert werden. Sicher sind in den Archiven der Städte und Gemeinden des Kreises noch manche Funde zu erwarten. Ortschronisten und Heimatforscher werden sicher noch manches Detail zutage fördern.

Offen bleibt eine Übersicht über alle im Kreis vorhandenen Ortskommandanturen einschließlich der genauen Zeiträume ihrer Existenz und ihrer konkreten Tätigkeit.

Nicht erfassbar ist, wie die Zusammenarbeit zwischen Kommandantur und örtlichen deutschen Behörden verlief. Nahmen Kommandanturbeauftragte an den Beratungen der Räte und Gemeindevertretungen teil? Saßen welche im Pirnaer Rathaus? Welches Verhältnis bestand zwischen Befehlsgebung, Hilfe und Kontrolle? Wie vollzog sich genau der Einfluß auf die Parteien und Organisationen? Leider befinden sich in den städtischen Unterlagen nur wenige Abschriften von Berichten, die an die Kommandantur gingen. Aus einem Aufruf zur Meldung von der russischen Sprache mächtigen Bürgern, die für Dolmetscherdienste benötigt wurden, kann man schließen, daß doch ein gewisses Maß an Schriftverkehr und mündlich geführter amtlicher Kommunikation mit der Kommandantur gepflegt werden mußte.

Wie verliefen die Demontagemaßnahmen im Einzelnen? Wer traf Entscheidungen? Gab es dabei Einflußmöglichkeiten deutscher Stellen? Wie wurden die deutschen Arbeitskräfte für die Demontearbeiten rekrutiert? Über die zeitweilig im Stadthaus tätige Demontageabteilung der Besatzungsmacht wissen wir lediglich um ihre Existenz, nichts aber über ihre Beziehungen zu deutschen Stellen.

Wie lief die Tätigkeit der GPU-Dienststelle in der Wilhelm-Külz-Straße? Wie verschaffte sie sich erforderliche Kenntnisse über zu internierende oder anders zur Verantwortung zu ziehende Nazi-Straftäter, die nach Kontrollratsgesetzen und –direktiven zu belangen waren? Ihr Handeln pauschal als Repression zu bezeichnen, wie das heute meist geschieht, dürfte von damaligen Erfordernissen nach Bestrafung von Kriegs- und Naziverbrechen weit entfernt sein. Wie lief die Zusammenarbeit zwischen dieser sowjetischen Dienststelle und den deutschen Behörden? Es gibt keine Übersicht über die Internierten und Verhafteten aus Pirna und den anderen Orten des Kreises. Wer war wo interniert? Wer verstarb? Nur vereinzelt tauchen einige Namen in überlieferten Schriftstücken auf.

Welche Stärke wies die Kreiskommandantur an Offizieren und Mannschaften auf? Wie wurde dieser Personalbestand versorgt?

Auch die Übersicht über die Demontagen von Betrieben erscheint unvollständig zu sein, da sie nur für die Stadt Pirna in einer amtlichen Übersicht vorliegen.

Welche speziellen Einheiten der Sowjetarmee gab es im Laufe des direkten Militärregimes (mindestens bis Ende 1949) im Kreis? (GPU, Demontageabteilung, Waffen- und Minensucher, Kontrollbereiche und deren Leiter, Einheiten mit speziellen Aufgaben...)

Hatte die Kommandantur eine eigene Militärgerichtsbarkeit? In welchem Ausmaß gab es Verhaftungen und Bestrafungen von Armeeingehörigen für Disziplinverstöße, Desertion, Trunkenheit, Vergewaltigung, Diebstahl und Raub, Tötungsverbrechen?

Vieles bleibt im Ungewissen, so lange nicht auch Archivunterlagen der Kreiskommandantur gefunden und erschlossen sind. Wird das jemals gelingen? Auch über die Tätigkeit der westlichen alliierten Besatzungsmächte und ihrer Kommandanturen in einzelnen Regionen oder Kreisen liegen, soweit ich das überblicken kann, keine Darstellungen auf gesicherter Faktengrundlage vor.

Anhang

Aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz über Deutschland, angenommen am 2. August. 1945

. . . III. Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland. Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen.

Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Der Text dieser Übereinkunft lautet: Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muß.

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontroll-System in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt, und zwar von jedem in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen.

2. Soweit dieses praktisch durchführbar ist, muß die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland gleich sein.

3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

a) werden alle Land-, See- und Luftstreitkräfte Deutschlands, SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservisten der Kriegsschulen, der Kriegervereine und aller anderen militärischen und halb-militärischen Organisationen zusammen mit ihren Vereinen und Unterorganisationen, die den Interessen der Erhaltung der militärischen Tradition dienen, völlig und endgültig aufgelöst, um damit für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus vorzubeugen;

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezialmittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung

und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgerät wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischen Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet.

5. Kriegsverbrecher und alle diejenigen, die an der Planung oder Verwirklichung nazistischer Maßnahmen, die Greuel oder Kriegsverbrechen nach sich zogen oder als Ergebnis hatten, teilgenommen haben, sind zu verhaften und dem Gericht zu übergeben. Nazistische Parteiführer, einflußreiche Nazianhänger und die Leiter der nazistischen Ämter und Organisationen und alle anderen Personen, die für die Besetzung und ihre Ziele gefährlich sind, sind zu verhaften und zu internieren.

6. Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.

7. Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.

8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie und der Gerechtigkeit auf der Grundlage der Gesetzlichkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse, der Nationalität und der Religion reorganisiert werden.

9. Die Verwaltung Deutschlands muß in Richtung auf eine Dezentralisation der politischen Struktur und der Entwicklung einer örtlichen Selbstverantwortung durchgeführt werden. Zu diesem Zwecke:

(I) wird die lokale Selbstverwaltung in ganz Deutschland nach demokratischen Grundsätzen, und zwar durch Wahlausschüsse (Räte), so schnell, wie es mit der Wahrung der militärischen Sicherheit und den Zielen der militärischen Besetzung vereinbar ist, wiederhergestellt;

(II) sind in ganz Deutschland alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen;

(III) soll der Grundsatz der Wahlvertretung in die Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesverwaltungen so schnell, wie es durch die erfolgreiche Anwendung dieser Grundsätze in der örtlichen Selbstverwaltung gerechtfertigt werden kann, eingeführt werden;

(IV) wird bis auf weiteres keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze

Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein.

10. Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt. Die religiösen Einrichtungen sollen respektiert werden. Die Schaffung freier Gewerkschaften, gleichfalls unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Erhaltung der militärischen Sicherheit, wird gestattet werden.

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Mit dem Ziele der Vernichtung des deutschen Kriegspotentials ist die Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln, ebenso die Herstellung aller Typen von Flugzeugen und Seeschiffen zu verbieten und zu unterbinden. Die Herstellung von Metallen und Chemikalien, der Maschinenbau und die Herstellung anderer Gegenstände, die unmittelbar für die Kriegswirtschaft notwendig sind, ist streng zu überwachen und zu beschränken, entsprechend dem genehmigten Stand der friedlichen Nachkriegsbedürfnisse Deutschlands, um die in dem Punkt 15 angeführten Ziele zu befriedigen. Die entbehrliche Produktionskapazität für die Industrie, welche erlaubt sein wird, ist entsprechend dem durch die interalliierte Reparationskommission empfohlenen und durch die beteiligten Regierungen bestätigten Reparationsplan entweder zu entfernen oder, falls sie nicht entfernt werden kann, zu vernichten.

12. In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Truste und andere Monopolvereinigungen.

13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen.

14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten. Mit diesem Ziel sind gemeinsame Richtlinien aufzustellen hinsichtlich:

- a) der Erzeugung und der Verteilung der Produkte der Bergbau- und verarbeitenden Industrie;
- b) der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei;
- c) der Löhne, der Preise und der Rationierung;
- d) des Import- und Exportprogrammes für Deutschland als Ganzes;
- e) der Währung und des Bankwesens, der zentralen Besteuerung und der Zölle;
- f) der Reparationen und der Beseitigung des militärischen Industriepotentials ;
- g) des Transport- und Verkehrswesens.

Bei der Durchführung dieser Richtlinien sind gegebenenfalls die verschiedenen örtlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

- a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;
- b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig und die wesentlich sind für die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt. (Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion);
- c) zur Sicherung — in der Reihenfolge, die der Kontrollrat festsetzt — einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichsten Waren unter den verschiedenen Zonen, um ein ausgeglichenes

Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeiten einzuschränken;

d) zur Überwachung der deutschen Industrie und aller wirtschaftlichen und finanziellen internationalen Abkommen einschließlich der Aus- und Einfuhr mit dem Ziel der Unterbindung einer Entwicklung des Kriegspotentials in Deutschland und der Erreichung der anderen genannten Aufgaben;

e) zur Überwachung aller deutschen öffentlichen oder privaten wissenschaftlichen Forschungs- oder Versuchsanstalten, Laboratorien usw., die mit einer Wirtschaftstätigkeit verbunden sind.

16. Zur Einführung und Unterstützung der wirtschaftlichen Kontrolle, die durch den Kontrollrat errichtet worden ist, ist ein deutscher Verwaltungsapparat zu schaffen. Den deutschen Behörden ist nahezulegen, in möglichst vollem Umfange die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. So ist dem deutschen Volk klarzumachen, daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besetzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.

17. Es sind unverzüglich Maßnahmen zu treffen zur:

a) Durchführung der notwendigen Instandsetzungen des Verkehrswesens,

b) Hebung der Kohlenerzeugung,

c) weitestmöglichen Vergrößerung der landwirtschaftlichen Produktion und

d) Durchführung einer beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen.

18. Der Kontrollrat hat entsprechende Schritte zur Verwirklichung der Kontrolle und der Verfügung über alle deutschen Guthaben im Auslande zu übernehmen, welche noch nicht unter die Kontrolle der alliierten Nationen, die an dem Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben, geraten sind.

19. Die Bezahlung der Reparationen soll dem deutschen Volke genügend Mittel belassen, um ohne eine Hilfe von außen zu existieren. Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes Deutschlands sind die nötigen Mittel für die Einfuhr bereitzustellen, die durch den Kontrollrat in Deutschland genehmigt worden ist. Die Einnahmen aus der Ausfuhr der Erzeugnisse der laufenden Produktion und der Warenbestände dienen in erster Linie der Bezahlung dieser Einfuhr. Die hier erwähnten Bedingungen werden nicht angewandt bei den Einrichtungen und Produkten, die in den Punkten 4a und 4b der Übereinkunft über die deutschen Reparationen erwähnt sind . . .⁷⁵

⁷⁵ Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli – 2. August 1945). Dokumentensammlung. Herausgegeben vom Ministerium f. ASuswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Moskau/Berlin 1986, S. 383-398

SONDERDRUCK

aus der Zeitschrift **Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung** Heft.2/1978, S. 253-260

Kommunistische Parteiarbeit im Kriegsgefangenenlager in Pirna Juni/Juli 1945

Von Günter Benser

Hermann Broschies gewährte mir Einsicht in ein Material - bestehend aus Protokollen, Niederschriften und Korrespondenz -, in dem sich die Aktivität der kommunistischen Parteiorganisation im Kriegsgefangenenlager Pirna in den Monaten Juni/Juli 1945 widerspiegelt. Dieses Material und die von Hermann Broschies erteilten Auskünfte gestatten es, Entwicklung und Wirksamkeit einer Parteiorganisation nachzuzeichnen, die möglicherweise zu diesem Zeitpunkt und in dieser Art einmalig ist.

Als die 1. Ukrainische Front unter ihrem Oberbefehlshaber Marschall der Sowjetunion I. S. Konew in ihrer Prager Operation - über Sachsen in die CSR vorstoßend - große Teile der Heeresgruppen Mitte und Ostmark zerschlug, machte sie Zehntausende Gefangene. Allein am 10. Mai 1945 ergaben sich etwa 80 000 Angehörige der faschistischen Wehrmacht. Vermutlich Mitte Mai wurde in Pirna in den Kasernen ein Durchgangslager für Kriegsgefangene eingerichtet, in dem sich Anfang Juni 27 Marschgruppen zu je 500 Mann aufhielten; volle Stärke dieser Marschgruppen vorausgesetzt, hieße das also 13 500 gefangene, Soldaten und Offiziere. Das waren Männer und Jugendliche aus allen sozialen Schichten und allen deutschen Landschaften, Leute verschiedenen Alters, viele in schlechtem Gesundheitszustand. Unter ihnen waren Werktätige, die Krieg und Faschismus haßten, aber auch viele, die bis zuletzt den faschistischen Durchhalteparolen gefolgt waren, weil sie selbst angesichts der vernichtenden Niederlagen noch auf eine Wende des Krieges hofften. Viele dieser Soldaten, Unteroffiziere und jungen Offiziere hatten ein mit friedlicher Arbeit erfülltes Leben nie kennen gelernt. Nur wenige dieser Kriegsgefangenen waren von Antikommunismus und Antisowjetismus unbeeinflusst geblieben. Diese bunt zusammengewürfelte Masse war nun auf engstem Raum vereint. Später scheinen noch weitere Marschgruppen hinzugekommen zu sein. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin hatte der sowjetische Kommandant eine deutsche Lagerleitung eingesetzt.

Ende Mai trafen die Kommunisten Hermann Broschies und Alfred Zopf aus dem Kriegsgefangenenlager Teplice mit Marschkolonnen in Pirna ein. Nachdem sie bereits in Teplice bemüht waren, die politische Arbeit aufzunehmen, versuchten sie in Pirna erneut, mit dieser Absicht zur sowjetischen Lagerleitung vorzudringen. Einige weitere Kommunisten schlossen sich ihnen an. Hermann Broschies notierte später über diese Initiativen: »Gemeinsam wurde ein Entwurf gemacht in Form einer Anfrage an den russ. Lagerkommandanten zwecks einer Unterredung. Diese Anfrage mußte aber auch in russischer Sprache abgefaßt sein, da aber kein Genosse Russisch konnte, wurde nach langem Suchen ein Bessarabien-Deutscher gefunden, der sich nach langem Überreden bereitfand, die Übersetzung vorzunehmen. Da sich keinerlei Dokumente über unsere Tätigkeit in der Partei in unserem Besitz befanden, da wir zum Teil schon 5 Jahre in die Hitler-Armee gepreßt waren, hatten die Gen. eine eidesstattliche Erklärung vorbereitet, worin erklärt wurde, sollten die Angaben falsch sein, wollten sie mit ihrem Leben bezahlen".¹

Dieses Schreiben wurde einem sowjetischen Offizier übergeben. Zunächst blieb jedoch eine Antwort aus. Am 3. und 5. Juni versuchten Hermann Broschies und seine Genossen über einen Dolmetscher bzw. einen im Kriegsgefangenenlager beschäftigten Arbeiter Verbindung zu aktiven Kommunisten der Stadt Pirna herzustellen. Schließlich nutzten sie am 6. Juni die Inspektion des Lagers durch einen sowjetischen Oberst, um einem seiner Begleiter ein Schreiben in russischer Sprache zu übergeben. Tags darauf, am 7. Juni, wurden alle Kommunisten zusammengerufen. Bei diesem ersten größeren Treffen, zu dem sich mancher Neugierige einfand, war der sowjetische Lagerkommandant zugegen. Mit seinem Parteidokument gab er sich als Mitglied der KPdSU (B) zu erkennen. Am gleichen Tage erfolgte die

offizielle Konstituierung der Leitung der kommunistischen Parteiorganisation im Lager. Wie es die Genossen gewohnt waren, besetzten sie die Funktionen des Politischen Leiters, des Organisationsleiters, des Verantwortlichen für Agitation und Propaganda, ferner gehörten ein Literaturobmann und der Schriftführer der Leitung an. Damit begann eine intensive Parteiarbeit, die das Ziel verfolgte, die Kommunisten und später auch andere antifaschistische Kräfte zu sammeln, zu organisieren, zu schulen, um unter den Lagerinsassen politisch wirksam zu werden.

Später berichtete die Parteileitung in einem Schreiben an das Zentralkomitee der KPD: ‚Als wir hier im Lager ankamen, fanden sich einige Genossen zusammen, welche mit der russischen Lagerleitung Verbindung aufnahmen. Es wurde uns aufgetragen, einen Kopf zu bilden, dann alle Genossen zu erfassen und zu registrieren.‘

Aufschlußreich ist die Zusammensetzung dieser Parteileitung: Hermann Broschies, Berlin, Jahrgang 1907, Mitglied der KPD seit 1927, vor 1933 tätig als Pol.- bzw. Org.-Leiter, Mitarbeiter des Zentralkomitees der KPD; Alfred Galiläer, Gera, Jahrgang 1901, Mitglied der KPD seit 1927, vor 1933 Mitglied der Unterbezirksleitung Gera; Hans Liebl, Würzburg, Jahrgang 1898, Mitglied der KPD seit 1923, vor 1933 Parteisekretär im Unterbezirk Hanau, Mitglied der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt; Erwin Malek, Berlin, Jahrgang 1906, Mitglied der KPD seit 1927, vor 1933 im Parteiapparat tätig; Alfred Zopf, Leipzig, Jahrgang 1908, Mitglied der KPD seit 1930, vor 1933 tätig als Pol.- bzw. Org.-Leiter. Alle fünf Genossen waren politisch vorbestraft. Die Leitung war also ein Kollektiv von Kommunisten im Alter zwischen 37 und 47 Jahren. Die Mehrzahl von ihnen war nach Bildung des Thälmannschen Zentralkomitees Mitglied der KPD geworden. Alle hatten den Kampf der Partei in der Legalität und in der Illegalität geführt, hatten die Härte der Klassenjustiz zu spüren bekommen. Nun standen sie vor der Frage, wie sie als Kommunisten unter den Verhältnissen sowjetischer Kriegsgefangenschaft handeln sollten. Verständlicherweise war das mit dem Wunsch verbunden, möglichst bald wieder die Freiheit zu erlangen, und in ihren Heimatorten ihre Kraft in den Dienst des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus zu stellen.

Gewohnt, die Organisation der Partei den Erfordernissen der Arbeit unter den Massen anzupassen, wurden entsprechend den Bedingungen dieses Durchgangslagers für Kriegsgefangene Parteizellen in den im Lager bestehenden Marschgruppen gebildet. Es war vorgesehen, 20 Parteizellen zu schaffen. Nur dort, wo es sehr wenig Kommunisten gab, sollte eine Zelle für zwei oder mehrere Marschgruppen aufgebaut werden. Diese Aufgabe wurde rasch gelöst, denn aus Protokollen der ersten Beratungen geht hervor, daß am 9. Juni 18 und am 11. Juni 19 Zellenleiter teilnahmen. Es liegt auf der Hand, daß es schwierig war, in einem solchen Lager die Reihen der Partei reinzuhalten. Es galt jene fernzuhalten, die sich als Kommunisten ausgeben wollten, um sich persönliche Vorteile zu verschaffen oder gar ihre faschistische Vergangenheit zu tarnen. Wie aus dem Protokoll vom 7. Juni hervorgeht, wurden Mitglieder der KPD und von proletarischen Massenorganisationen erfaßt, besonders des RFB und des KJVD. Von allen sich Meldenden wurde verlangt, daß sie die Richtigkeit ihrer Angaben eidesstattlich bestätigten. 21 der Gemeldeten wurden von den Listen gestrichen, weil sie die Bedingungen nicht erfüllten; 16 weitere erschienen nicht zur Abgabe der geforderten eidesstattlichen Erklärung. So verblieben 180 Genossen, die am 19. Juni 1945 den Bestand der Parteiorganisation ausmachten und in 20 Parteizellen organisiert waren. Mit dem Eintreffen neuer Marschgruppen wurden weitere Kommunisten erfaßt, aber insgesamt scheint es keine wesentlichen Veränderungen im Bestand und in der Struktur der Parteiorganisation gegeben zu haben.

Aufschlußreich sowohl für die Zusammensetzung der Parteiorganisation als auch für die Rolle der Kommunisten im antiimperialistischen und antifaschistischen Kampf ist eine im Lager angefertigte Liste der politisch Vorbestraften. Sie erfaßt 51 Personen. Von diesen gehörten 42 der KPD und 3 der SPD an, 4 waren Mitglieder überparteilicher Organisationen, 2 waren

nicht organisiert. Daraus folgt, daß fast ein Viertel der Mitglieder der Parteiorganisation des Kriegsgefangenenlagers Pirna Zuchthaus, Gefängnis, Konzentrationslager, Festungs-, Schutz- oder Untersuchungshaft durchgestanden hatten, ehe sie in die faschistische Wehrmacht gepreßt worden waren.

Wie schon aus dem ersten Treffen am 7. Juni ersichtlich, war der Aufbau einer solchen Parteiorganisation nur mit Billigung und Förderung durch den sowjetischen Kommandanten möglich. Daß diese Betätigung der Kommunisten noch vor Erlaß des Befehls Nr. 2 der SMAD und vor dem Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 gestattet wurde, war ohne Zweifel eine kühne Entscheidung. Sie wurde mit der erklärten Absicht getroffen, damit den ersten Schritt zur antifaschistischen Arbeit unter den Kriegsgefangenen im Lager Pirna zu tun. Hauptmann Kiselow² war beauftragt, die Verbindung zu den Kommunisten im Lager aufrechtzuerhalten, sie mit Informationen zu versorgen, zu beraten und auch ihre Anträge und Wünsche entgegenzunehmen. Schon die Tatsache, daß maschinenschriftliche Protokolle überliefert werden konnten, ist ein Zeugnis für diese Unterstützung seitens der sowjetischen Genossen. Seit dem 8. Juni verfügten die Kommunisten im Lager über einen Arbeitsraum. Andererseits war die Parteileitung bemüht, auch ihr Verhältnis zur deutschen Lagerleitung zu regeln. In einer gemeinsamen Besprechung legten die Kommunisten ihre Position dar. Sie sprachen sich für ein verständiges Zusammenarbeiten aus und erklärten es zur gemeinsamen Aufgabe, für die Einhaltung der Disziplin im Lager Sorge zu tragen. Sie drückten die Erwartung aus, daß diese Lagerleitung die Parteileitung in wichtigen Fragen informiert und ihrer Tätigkeit keine Schwierigkeiten bereitet.

So war der Rahmen für die politische Arbeit der Parteiorganisation abgesteckt. Im Zentrum der Beratungen der Parteileitung, die oft gemeinsam mit den Zellenleitern durchgeführt wurden und nahezu täglich - mitunter sogar zweimal am Tage - stattfanden, stand die politische Information und die gemeinsame Erarbeitung von Argumenten. Die Kommunisten versuchten sich über die politische Lage und die neuen Aufgaben klarzuwerden, sich für die zahllosen Diskussionen mit den Lagerinsassen zu wappnen. Zugleich wollten sie sich auf diese Weise auf ihre verantwortungsvolle Arbeit nach der Entlassung aus der Gefangenschaft vorbereiten.

Wichtigste Grundlage für die politische Information war die seit dem 22. Mai 1945 in Dresden erscheinende, von der Roten Armee herausgegebene „Tageszeitung für die deutsche Bevölkerung“ und später wohl auch die „Deutsche Volkszeitung“.

Die Themen der Beratungen und die Grundproblematik der Diskussionen sind für die Monate Juni/Juli 1945 wahrscheinlich lückenlos überliefert. Zum Beispiel wurde am 9. Juni die Deklaration der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zur Niederlage Deutschlands und zur Übernahme der obersten Regierungsgewalt vom 5. Juni 1945 gemeinsam mit den Zellenleitern besprochen. Die Genossen wurden angehalten, mit den Lagerinsassen über den verlorenen Krieg und dessen Folgen, über die Schuld der Faschisten zu diskutieren. Sie sollten die tatsächliche Behandlung der Kriegsgefangenen durch die Rote Armee der faschistischen Greuelpropaganda gegenüberstellen und gegen die vielfältigen unsinnigen Parolen und Gerüchte auftreten, die im Lager kursierten.

Auf der erweiterten Sitzung vom 10. Juni wurden die Zeitungsberichte über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln begrüßt; gemeint waren damit sicher die nach dem Besuch von A. I. Mikojan, Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der UdSSR, in Berlin und Dresden zur Rettung der Bevölkerung ergriffenen Maßnahmen. Gutgeheißen wurden Mitteilungen der Presse über das Vorgehen gegen faschistische Kriegsverbrecher. Daraus wurde die Forderung abgeleitet, auch im Lager die Nazis zu entlarven. Dieses Thema kehrte auch später wieder. Neben der aktuell-politischen Information und Diskussion waren die Mitglieder der Parteileitung bemüht, theoretische und politisch-ideologische Grundfragen an die Genossen heranzutragen. So wurde am 11. Juni das Thema „Bolschewismus - Nazismus“ auf die Tagesordnung gesetzt. Bedenkt man, daß noch heute

bürgerliche Ideologen die sogenannte Totalitarismuskolportieren, die auf einer behaupteten Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus basiert, so nötigt es großen Respekt ab, wenn einen Monat nach der bedingungslosen Kapitulation in einem Gefangenenlager bereits eine prinzipielle Widerlegung solcher Verleumdungen erfolgte. Am 12. und 13. Juni standen Fragen der marxistischen Staatstheorie zur Diskussion. Deutlich ablesbar lagen den Ausführungen Gedanken zu Grunde, wie sie Engels in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ entwickelt hatte, und die nun - sicher aus dem Gedächtnis - rekapituliert wurden.

Als der Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945 veröffentlicht wurde - er scheint der Parteileitung am 13. oder 14. Juni bekannt geworden zu sein - machten die Kommunisten dessen Orientierung zur Grundlage ihrer weiteren Arbeit. In der erweiterten Sitzung vom 14. Juni 1945 wurde der in der „Tageszeitung“ veröffentlichte Artikel „Der Weg in die Zukunft“ beraten, der sich auf den Aufruf des Zentralkomitees stützte. Die erweiterte Sitzung vom 15. Juni stellte die Aufgabe: „Aufruf der KPD politisch auswerten“. Eine wichtige Schlußfolgerung lautete: „Heranziehen aller Kräfte zum Aufbau und (zur) Sicherung des täglichen Lebens“. Die Aufgaben der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung wurden von den Genossen immer in enger Verbindung mit dem Kampf um die restlose Liquidierung des Faschismus gesehen. Daraus würde auch die konkrete Schlußfolgerung abgeleitet, aktive Faschisten im Lager aufzuspüren.

Es ist anzunehmen, daß besonders zur Verbreitung des Aufrufs des Zentralkomitees für den 19. Juni eine Versammlung aller Parteimitglieder vorgesehen wurde. Diese Mitgliederversammlung fand jedoch nicht statt. Zu vermuten ist, daß dafür die Bedingungen noch nicht gegeben waren, denn das Protokoll vom 23. Juni hält folgende mit den sowjetischen Genossen abgestimmte Orientierung fest: ‚Arbeit im Lager mehr vorwärts treiben. Nicht im großen Maßstab, sondern durch rege Diskussion mit den Lagerinsassen. Blockweise Aktivierung der Zellen unbedingt notwendig. Unsere Gen. müssen mehr aus sich herausgehen.‘ In fünf Exemplaren wurde der Aufruf im Lager ausgehängt, wodurch die Diskussion und Agitation sehr gefördert wurde.

Indem die Parteileitung ihre Arbeit auf der Grundlage des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD und der aus der Presse entnommenen Informationen über die ersten Schritte des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus immer stärker auf die Gesamtpolitik der Partei ausrichtete, versuchte sie zugleich, Kontakt zum Zentralkomitee herzustellen. Am 25. Juni 1945 richtete sie ein Schreiben an das Zentralkomitee, indem über die bisherige Tätigkeit berichtet wurde. Zur Arbeit mit dem Aufruf vom 11. Juni 1945 wurde in diesem Schreiben festgestellt: ‚Die 10 Punkte des Aktionsprogramms der KPD werden innerhalb der Funktionärsitzungen und in Zellenversammlungen eingehend besprochen und als wichtigste Unterlage für unsere Agitation und Propaganda ausgewertet.‘ Wie die Protokolle bestätigen, behandelten zum Beispiel 22 Kommunisten auf einer gemeinsamen Sitzung der Zellen 1-3 am 26. Juni die Punkte 1-5 des Aktionsprogramms und führten eine angeregte Diskussion zur Bauernpolitik der KPD. Das ‚Aktionsprogramm wurde sehr begrüßt‘.

Auf der Tagesordnung der Leitungssitzungen und der Zellenversammlungen blieben stets prinzipielle und tagespolitische Fragen. Informiert wurde u. a. über die Aufbauarbeit in der Sowjetunion und über die Sowjetdemokratie, über den Charakter des Großen Vaterländischen Krieges, über die Entwicklung in den von der Roten Armee befreiten Ländern, über die Konferenz von San Francisco und die Statuten der UNO, über wichtige Ereignisse der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone wie Bildung der Landes- und Provinzialverwaltungen, die Einbringung der Ernte, die Gründung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

Aufmerksam wurde der Kampf der internationalen Arbeiterbewegung und die Politik der Bruderparteien verfolgt. Davon zeugt die Beschäftigung mit dem Manifest der Kommunistischen Partei Frankreichs und einer Rede von Maurice Thorez. Auch über den

Kongreß der Polnischen Sozialistischen Partei tauschten die Genossen ihre Meinungen aus. Die politische Information und Diskussion in der Leitung bzw. mit den Zellenleitern mündete in eine regelrechte Schulungstätigkeit ein. Am 2. Juli 1945 wurde beschlossen, einen Schulungskurs zur Geschichte der Arbeiterbewegung durchzuführen. Der Plan sah folgende Themen vor: I. Einleitung, Entwicklung des Klassenkampfes seit der Sklaverei; II. Frühkapitalismus, Beginn des Maschinenzeitalters, kapitalistische Krisen, Entstehung des wissenschaftlichen Kommunismus; III. Entstehung und Entwicklung der Arbeiterbewegung. Später wurde der Plan noch erweitert durch ein Thema IV, das sich mit Kategorien der politischen Ökonomie beschäftigte wie Wert, Mehrwert, Lohn, Preis, Profit, Ware, Geld. Nachweislich fanden Schulungen am 11., 12., 14. und 15. Juli statt, an denen sich zwischen 14 und 17 Genossen beteiligten und in denen die Geschichte der Arbeiterbewegung in Verbindung mit Grundfragen der politischen Ökonomie des Kapitalismus vermittelt wurde.

Zur Verbesserung der Schulung war, die Parteileitung bemüht, in den Besitz von marxistisch-leninistischer Literatur zu gelangen. Hermann Broschies erinnert sich, über einen im Lager beschäftigten Einwohner von Pirna ein Exemplar des Kommunistischen Manifestes erhalten zu haben. Im Material befindet sich auch ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Pirna vom 1. Juli 1945, in dem es heißt: „Eine Bereitstellung von marxistischer Literatur für das deutsche Kriegsgefangenenlager ist augenblicklich nicht möglich, weil aus den öffentlichen Büchereien seinerzeit alle Bücher restlos entfernt und der Vernichtung zugeführt wurden. Die Stadt wird bemüht bleiben, marxistische Schriften anderweitig ausfindig zu machen.“ Der Aufruf des Zentralkomitees der KPD gab auch den Anstoß, daß sich die Parteileitung mit der Stellung zur SPD und mit der Zusammenarbeit mit den im Lager befindlichen Sozialdemokraten beschäftigte. Am 22. Juni kam es zu einer Besprechung mit zwei sozialdemokratischen Genossen. Es wurde Einigkeit erzielt, der Zusammenarbeit das Aktionsprogramm des Zentralkomitees der KPD zugrunde zu legen. In einer Notiz über diese Besprechung hieß es: „Die Genossen (der SPD - G. B.) wollen sich öfter bei uns einfinden, um mit uns notwendige Fragen zu besprechen.“ Die beiden Sozialdemokraten übergaben eine Liste der bis dahin gemeldeten SPD-Mitglieder. Diese Liste ist nicht erhalten, so daß die zahlenmäßige Stärke der Sozialdemokraten unter den Kriegsgefangenen des Lagers Pirna nicht bekannt ist. Die bereits erwähnte Aufstellung der politisch Vorbestraften weist allerdings aus, daß der Anteil von Sozialdemokraten, die aktiv am antifaschistischen Widerstandskampf teilgenommen hatten, im Vergleich zur Aktivität der Kommunisten, gering war.

Am 27. Juni wurde auf einer erweiterten Sitzung der Parteileitung das ‚Programm der SPD‘ verlesen, womit sicher der Aufruf des Zentralkomitees der SPD vom 15. Juni 1945 gemeint war. Im Ergebnis der Diskussion kamen die Kommunisten zu dem Schluß, ‚sich mehr denn je mit den im Lager befindlichen SPD-Männern in Diskussionen einzulassen‘. Große Begeisterung lösten Presseberichte über die ersten gemeinsamen Versammlungen und Kundgebungen von KPD und SPD aus, in denen der Wille zur Aktionseinheit zum Ausdruck kam.

Auch der Aufbau der neuen freien Gewerkschaften war Gegenstand der Diskussion in der kommunistischen Parteioorganisation des Lagers. Aus dem Protokoll ist abzulesen, daß die Orientierung der KPD und erste Gewerkschaftsaufrufe bekannt waren. Die Anwesenden waren sich einig, daß die neuen freien Gewerkschaften keine Wetterführung der DAF sein durften, daß sie aber auch nicht einfach dort anknüpfen konnten, wo der ADGB 1933 geendet hatte. Sie erkannten die hohe Verantwortung der Gewerkschaften für die Erziehung der Arbeiterklasse im Geiste des Antifaschismus und begrüßten das Prinzip ‚ein Betrieb - ein Verband‘. Auch in den Parteizellen kam es zu regen Diskussionen über gewerkschaftliche Probleme. Hohe Anerkennung verdient, wie sich die Kommunisten im Kriegsgefangenenlager Pirna der Jugend zuwandten. Als die Parteileitung am 11. Juni über die Notwendigkeit der Bestrafung der aktiven Nazis beriet, war das mit der Einsicht verbunden, daß man sich um die vom Faschismus irreführten Jugendlichen kümmern muß. Stellt man in Rechnung, daß das Durchschnittsalter der Mitglieder der KPD-Organisation etwa

40 Jahre betrug, so bedeutete dies ein bewußtes Hinwenden der politisch erfahrenen älteren Generation zu den jungen Menschen, die der Faschismus für seine verbrecherischen Ziele mißbraucht hatte.

Knapp zwei Wochen später brachte die erweiterte Sitzung der Leitung am 23. Juni zum Ausdruck, daß die Propaganda unter der Jugend erfolgversprechend ist und stellte die Aufgabe, Sympathieerklärungen zum Aktionsprogramm der KPD zu sammeln. Ein Presseartikel über die Umerziehung der Jugend gab am 29. Juni erneut Anlaß, diese Probleme zu erörtern. Eine erweiterte Sitzung der Leitung behandelte am 9. Juli als Tagesordnungspunkt 1 die Jugendfrage. Es wurde Rückblick auf die Jugendbewegung vor 1933 und auf die Lage der Jugend unter dem Faschismus gehalten und die Notwendigkeit einer grundlegenden Änderung des Erziehungssystems begründet. Erneut erging an alle Genossen die Aufforderung, das politische Gespräch mit den Jugendlichen im Lager zu führen. Das wichtigste Mittel, um die Politik der KPD und der antifaschistischen Einheitsfront an die Lagerinsassen heranzutragen, war neben der mündlichen Agitation die Lagerwandzeitung. Ihre erste Nummer erschien am 22. Juni, dem Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion. Ihr folgten weitere Nummern etwa im Abstand von zehn Tagen. Erhalten geblieben sind Aufstellungen der in den Nummern 1 bis 3 veröffentlichten Beiträge und Losungen. Diese sind in verschiedener Hinsicht aufschlußreich. Sie belegen, wie die in der Parteiorganisation entwickelte politische Linie an die Kriegsgefangenen herangetragen wurde. Sie machen deutlich, wie sich die Kommunisten nicht nur mit der großen Politik, sondern auch mit den spezifischen Problemen des Lagerlebens beschäftigten. Es entsprach voll und ganz dem Aufruf des Zentralkomitees, der zum Kampf gegen Hunger und Seuchen, gegen Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit mobilisierte, wenn für das Lager die Einhaltung der Disziplin und der persönlichen Hygiene gefordert wurde. In der Wandzeitung widerspiegelte sich, wie die Kommunisten auch andere Lagerinsassen zur Mitarbeit gewannen und in die antifaschistische Tätigkeit einbezogen. Die Parteileitung konnte einschätzen, daß sich die Wandzeitung großer Beliebtheit erfreute und eifrig gelesen wurde, was bei dem Hunger nach Informationen sehr verständlich war. Wie sich die Parteiorganisation für die Belange der Kriegsgefangenen einsetzte, erhellt auch die Tatsache, daß sie sich für die Bildung eines Chores engagierte. Sie warf die Frage auf, ob die Gefangenen ihren Familien ein Lebenszeichen übersenden können.

Die erste Nummer der Wandzeitung enthielt folgende Artikel und Beiträge: Warum Wandzeitung? - Frageecke - Ist Disziplin im Lager notwendig? - Politik? - ach nee! - Der Bauer und die neue Zeit - Ein Ende und ein Anfang - Ein Wort an die Jugend - Kunst, Wissenschaft und Sport. Zwischen diesen Beiträgen waren folgende Losungen zu lesen: „Kampf den versteckten Nazisten“, „Denk an Deine Gesundheit! Trink kein unabgekochtes Wasser!“, „Nie wieder Feindschaft und Hetze gegenüber der Sowjetunion!“ Inhalt der zweiten Nummer der Wandzeitung waren die Beiträge: Unsere Toten. Ernst Thälmann gewidmet - Plutokraten - Lehren der Geschichte - Das ist die Rote Armee - Politische Nachrichten - Worte zur Jugendfrage - Freie Gewerkschaft-DAF - Zuschriften zum Aktionsprogramm - La-Bü (Lagerbücherei? - G.B.) - Fragekasten - Parolen - Disziplin und immer wieder Disziplin Bildleiste über die Rote Armee. Die Losungen lauteten: „Enteignung der Kriegsverbrecher!“, „Nie wieder Uneinigkeit und Zersplitterung der Arbeiterklasse!“, „Kamerad, halte Dich sauber! Wasche Deine Hände vor dem Essen!“ Die Artikel der dritten Nummer der Wandzeitung trugen folgende Überschriften: Selbstbestimmung (politischer Leitartikel) - Das gibt's nur einmal - das kommt nicht wieder - Wandlung (Zuschrift eines Sozialdemokraten) - Politik der Woche - Streiflichter aus der Sowjetunion - Aus der Heimat - Was der Bauer spricht - Kampf dem Nazismus - Wieder freie Gewerkschaften - Was jeden angeht (Zuschrift eines „alten“ Soldaten) - Aus dem Lagerleben Gedicht eines jungen Kameraden - Kurznachrichten-Kulturartikel - Sportbild aus der Sowjetunion - Ausspruch Stalins am 3. Juli 1941 „Unsere Sache ist gerecht, der Feind wird geschlagen.“

Leider ist über den Fortgang der politischen Arbeit im Lager Pirna nach dem Juli 1945 nichts überliefert, da Hermann Broschies und Erwin Malek sich im Einverständnis mit der Parteileitung für ein Arbeitskommando meldeten. Sie hofften, nach Berlin zu gelangen und Verbindung zum Zentralkomitee der KPD knüpfen zu können. Sie trafen jedoch am 6. August 1945 in Jena ein, wo sie auf ähnliche Weise Parteiarbeit unter den Kriegsgefangenen leisteten. Das Durchgangslager in Pirna bestand noch bis zum 29. Mai 1946. Was nach der Sichtung dieses hochinteressanten Materials bleibt, ist der starke Eindruck von der durch zwölf Jahre faschistische Diktatur ungebrochenen Kraft der KPD und von der internationalistischen Haltung der sowjetischen Genossen. Parteifunktionäre, die erst wenige Jahre den Reihen der Kommunisten angehörten, als die grausame Verfolgung der KPD durch die Faschisten einsetzte, hatten nicht nur ihre Parteiverbundenheit bewährt. Sie verstanden ausgezeichnet, wie die Politik ihrer Partei unter komplizierten Bedingungen anzuwenden war. Wie die Protokolle ausweisen, wurde im Lager Pirna von der Parteiorganisation zu nahezu allen wesentlichen Fragen des politischen Neubeginns und zu vielen wichtigen Ereignissen des politischen Lebens konstruktiv Stellung genommen. Es fehlte nicht an Bemühungen, um die theoretischen Kenntnisse aufzufrischen und anderen Genossen zu vermitteln. Es gab eine vorbildliche Verbindung der politisch-ideologischen Arbeit mit den besonderen Problemen des Lagerlebens: Ganz eindeutig orientierten sich dabei die Kommunisten dieser Parteiorganisation am Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945. Sicher ist dies ein Beispiel für eine besonders fortgeschrittene und politisch sehr reife unmittelbare Aktivität. Dennoch ist es typisch für die Haltung und die Initiative der Kommunisten.

1. Alle Zitate entstammen dem Material Broschies, das in den Bestand des: IML, ZPA, übernommen wurde.

2. Der Name erscheint in den Materialien in unterschiedlicher Schreibweise.

Abk.: MWD – Ministerstwo wnutrennych del = Ministerium für Staatssicherheit (ab 1946, vorher NKGB)

NKGB – Narodny kommissariat gossudarstwennoi besopasnati = Volkskommissariat für Staatssicherheit (ab 1946 – vorher NKWD)

NKWD – Narodny kommissariat wnutrennych del = Volkskommissariat für Inneres (bis 1946, danach MWD)